

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

Mutterschaftsversicherung: Das Bremsen der Männer. Seite 9

Vögelewohl & OVS-Wut

Meyers verliebten sich bei Vögele und litten bei OVS. Das Portrait. Seite 3



SDA: Der Streik hat sich gelohnt

Der Arbeitskampf ist vorbei, ein Journalist zieht Bilanz. Seite 2

Rückenschüsse in Grenchen

1918 töteten Soldaten drei Arbeiter. Die Aufarbeitung. Seite 11

Hallo Schatzi!

Der Arbeitsplatz ist zum Arbeiten da. Aber Arbeitende dürfen auch mal Privates erledigen. Der grosse work-Ratgeber. Seiten 12-13

FDP-Bundesräte greifen unsere Löhne frontal an. Unia-Chefin Vania Alleva:

Es reicht!

- Das grosse Interview
- Die wahren Pläne der Rechten
- Die dreisten Lügen der Gewerkschaftshasser Seiten 4-5



workedito
Marie-Josée Kuhn

LOHNSCHUTZ-AUSVERKAUF

Der Knall platzte mitten in die träge Sommerhitze: Die Gewerkschaften werden nicht mehr mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann über den Ausverkauf der flankierenden Massnahmen verhandeln. Sie zeigen ihm und Aussenminister Ignazio Cassis die rote Karte. Weil die beiden FDP-Bundesräte den Schweizer Lohnschutz «frontal attackieren» und vor der EU sowie der Wirtschaftslobby einknicken. Bisher hatte der Bundesrat stets versprochen, er würde bei den Verhandlungen mit der EU um ein Rahmenabkommen eisern am Schweizer Lohnschutz festhalten. Doch nun haben erst Cassis, dann auch Schneider-Ammann dieses Versprechen im Alleingang gebrochen. Wie grundsätzlich, zeigt work-Autor Clemens Studer im Detail (Seite 4). Im grossen work-Interview sagt Unia-Chefin Vania Alleva deshalb: «Schneider-Ammann stellt alles zur Disposition. Ausserdem sollen künftig EU-Instanzen über den Schweizer Lohnschutz entscheiden.» (Seite 5) Das könne man sich nicht bieten lassen.

DORER TUTET. So weit, so richtig: die Gewerkschaften verteidigen den Lohnschutz für uns Arbeitnehmende. Das ist ihr Daseinszweck. Umso mehr, als dieser spezielle Schweizer Lohnschutz auch wirkt. In der Schweiz sind die untersten Löhne in den letzten zehn Jahren nicht abgesackt wie im umliegenden Europa, im Gegenteil. Zwar wächst die Lohnungleichheit auch hier, aber weniger heftig. Das ist mit ein Erfolg der Schweizer Spezial-Combo: Bilaterale plus flankierende Massnahmen. Doch es ist nicht dieses kleine Wunder, über das die Medien jetzt berichten. Auch nicht über die dreiste Wurstigkeit der beiden FDP-Bundesräte, die alles «verstolpern» (O-Ton CVP-Chef Gerhard Pfister). Nein, die meisten Medien schiessen gegen die Überbringerinnen der schlechten Nachricht. Die Gewerkschaften seien «unschweizerisch», sie würden Arbeitsplätze gefährden und legten sich ins «Lotterbett mit der SVP». Speziell aggressiv tutet «Blick»-Chef Christian Dorer: Ganz in «Weltwoche»-Manier, unterschiebt er SGB-Präsident Paul Rechsteiner «eigene wirtschaftliche Interessen». Es gebe Hinweise darauf, «dass die Gewerkschaften mit Lohndumping-Kontrollen Geld verdienen». Soweit der Ideologe Dorer. Den Journalisten Dorer wird bestimmt interessieren: es gibt sogar Zahlen dazu. Und die zeigen, dass diese Unterschiebung nicht nur fies ist, sondern auch falsch (Seite 4).

ÖSTERREICH LEIDET. In diesem Medienlärm gehen die vernünftigen Stimmen fast unter. Zum Beispiel jene von Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Sie fragte (ebenfalls im «Blick»): «Wollen wir, dass der Schutz unserer Löhne europäischem Recht untersteht? Dass die flankierenden Massnahmen dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) unterstehen? Der EuGH hat bis jetzt die Wettbewerbsfreiheit über den Schutz der Arbeitnehmer gestellt. Wenn der Bundesrat nun genau dies erwägt, verstehe ich den Widerstand der Gewerkschaften.» Oder jene von Daniel Lampart. Im «Tages-Anzeiger» erklärte der SGB-Chef-ökonom was passiert, wenn die Schweiz beim Lohnschutz einknickt. Anhand von Österreich: «Dort wurde die Voranmeldung abgeschafft. Nun haben sie grössere Probleme, die Löhne zu kontrollieren. Und Ersatzmassnahmen wie die Arbeitgeberhaftung werden vor dem EU-Gericht angefochten.» Knickt die Schweiz mit Schneider-Ammann & Cassis also ein, dann steigt der Druck auf unsere flankierenden Massnahmen. Es droht eine Abwärtsspirale. Beispiel gefällig? Ein Berufschaffeur in der Schweiz verdient heute durchschnittlich 5000 Franken. In Bulgarien dagegen nur 215 Euro. Noch Fragen?

IN EIGENER SACHE: Der erfahrene Journalist, Produzent und Ratgeber-Spezialist **Martin Jakob** schreibt in diesem work erstmals den work-Service-Teil und sagt, wie viel Privates am Arbeitsplatz erlaubt ist (Seite 12). Welcome on board, lieber Martin! Und auf Wiedersehen **Sina Bühler:** Erst als Redaktorin, dann als freie Journalistin bestritt sie den work-Ratgeber-Teil seit Ende 2008. Wir danken ihr für ihre Treue und ihr grosses Engagement.

SDA-Journalist Mark Theilers Meldung in eigener Sache: «Ich hab meinen Job wieder!»

Massenentlassung, Streik, Schlichtung: Hartnäckig haben sich die Journalistinnen und Journalisten der Nachrichtenagentur SDA gegen den Kahlschlag gewehrt. Mark Theiler (63) ist einer von ihnen.

Am 9. Juli wäre mein erster Tag ohne Arbeit gewesen. Der Termin auf dem RAV war schon vereinbart. Doch dann kam der Anruf von der Redaktionskommission. Sie hat die Belegschaft im Schlichtungsverfahren vertreten. Ich erfuhr, dass alle acht Entlassenen über 60 wieder eingestellt werden. Und zwar zum gleichen Lohn, zum gleichen Pensum und am selben Arbeitsort wie vorher. Und: mit

«Ich würde wieder streiken, auch wenn nie sicher ist, was dabei herauskommt.»

Kündigungsschutz. Bis zu unserer Pensionierung können wir Ü 60 aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr entlassen werden.

Zum Glück bin ich gesessen, als ich das gehört habe. Es hätte mich sonst wohl umgehauen. Eine riesige Überraschung!

ERSTAUNLICH. Ich hätte niemals damit gerechnet, wieder eingestellt zu werden. So, wie sich die SDA-Spitze gegenüber dem Personal verhalten hatte. Monatlang mauerten sie. Sie wollten den Kahlschlag ohne Wenn und Aber durchziehen.

Warum der Verwaltungsrat bei uns Ü 60 jetzt plötzlich seine Meinung geändert hat? Darüber rätseln wir alle. Vielleicht liegt es daran, dass neben den Entlassenen inzwischen etwa 20 Redaktorinnen und Redaktoren die SDA freiwillig verlassen haben und ein



JOURNALIST THEILER: «Der Widerstand hat sich gelohnt.»

personeller Engpass drohte? Oder daran, dass wir Ältere damit gedroht haben, wegen diskriminierender Kündigung vor Gericht zu gehen? Oder weil der SDA-Verwaltungsrat den Imageschaden wieder etwas ausbessern wollte? Ganz genau werden wir es wohl nie erfahren.

Klar ist für mich: Wenn wir uns nicht gewehrt hätten, wäre das nicht möglich gewesen. Auch wenn ich während unseres viertägigen Streiks im Februar nicht damit gerechnet hatte, dass wir tatsächlich etwas bewegen könnten. Heute, mehr als ein halbes Jahr später, sehen wir aber: Der Kampf hat sich gelohnt.

Arbeitskonflikt: Sieg auf halber Linie

Anfang Jahr verkündete SDA-CEO Markus Schwab: Ein Viertel aller Stellen wird weggespart. Die Belegschaft wehrte sich mit Streik. (work berichtete: rebrand.ly/sda-streik). Jetzt haben sich die Parteien auf einen Vergleich geeinigt.

BESSER. Das Kernstück ist die Wiedereinstellung der Entlassenen über 60 (siehe links). Stephanie Vonarburg von der Mediengewerkschaft Syndicom sagt: «Das ist in der Schweizer Medienbranche bisher einmalig.» Erfreulich seien auch die Verbesserungen beim Sozialplan. Gegen die hatte sich die SDA-Spitze monatlang gesperrt. Unerfüllt bleibt allerdings die Hauptforderung: der Erhalt der gestrichelten Jobs. Der Abbau ist endgültig. (pdi)

Erstaunlicherweise! Jetzt bin ich zurück an meinem neuen alten Arbeitsplatz. So erfreulich die Wiedereinstellung für mich ist, sie hinterlässt doch Spuren. Ich habe 20 Jahre für die SDA gearbeitet und sah meinen Job nie nur als Broterwerb. **Dass uns die Unternehmensspitze so kalthertzig vor die Tür setzen wollte, kann ich nicht vergessen.** Und dass viele jüngere Kollegen entlassen wurden, ist ein grosser Wermutstropfen.

ERFOLG. Ich würde alles noch einmal genau so machen. Ich würde wieder streiken, auch wenn man sich nie sicher sein kann, was am Ende dabei herauskommt. Aber hätten wir uns nicht gewehrt und wäre die Solidarität in der Öffentlichkeit nicht so gross gewesen, dann würde ich jetzt meine letzten zwei Jahre bis zur Pension auf dem RAV verbringen. Ich hätte eine Lücke in meiner Pensionskasse. Das bleibt mir und meinen Ü 60-Kolleginnen und -Kollegen nun erspart. Darüber freue ich mich!

AUFGEZEICHNET VON PATRICIA D'INCAU

SGB-Präsidium: Pardini verzichtet, Maillard neu angefragt



PIERRE-YVES MAILLARD: «Ich prüfe eine Kandidatur.»

FOTO: PD

Seit zwanzig Jahren ist Paul Rechsteiner SGB-Chef, doch Ende November, am SGB-Kongress, tritt er definitiv ab. Und das Kandidaturen-Karussell um seine Nachfolge kommt langsam in Fahrt. Corrado Pardini nimmt sich nun selber aus dem Rennen. Zu work sagt er: «Ich verzichte, weil mich das, was ich jetzt mache, als Nationalrat und als Unia-Industrie-Chef in einem hervorragenden Team, erfüllt und sehr glücklich macht.» Seine Stärken könne er so am besten einbringen.

«Das SGB-Präsidium ist eine spannende Aufgabe.»

PIERRE-YVES MAILLARD

GYSI UND CAROBBIO. Damit reduzieren sich die bisher gehandelten möglichen Kandidaturen auf zwei Frauen und einen Mann: auf Barbara Gysi, SP-Nationalrätin und Präsidentin des St. Galler Gewerkschaftsbundes,

auf Marina Carobbio, SP-Nationalrätin und VPOD-Mitglied aus dem Tessin, und auf Mathias Reynard, SP-Nationalrat aus dem Wallis und Unia-Mitglied. Sie alle wollen sich die Sache noch überlegen. Eine Variante, die offenbar ebenfalls diskutiert wird, ist die eines Co-Präsidiums, das sich Unia-Chefin Vania Alleva und SEV-Chef Giorgio Tuti teilen würden.

MAILLARD. Für den Job neu auch angefragt ist der Waadtländer SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard. Er ist Unia-Mitglied, war früher Nationalrat und Regioleiter bei der Gewerkschaft Smuv, einer Vorgängerorganisation der Unia. Er sagt zu work: «Das SGB-Präsidium ist eine äusserst spannende und wichtige Aufgabe. Ich prüfe derzeit, ob die Bedingungen für eine Kandidatur gegeben sind.» Für ihn sei immer schon klar gewesen, es gebe kein linkes Engagement ohne Gewerkschaftsengagement. (mjk)



Endo Anaconda
worksms

An Miss Schweiz Jastina Doreen

Der globale Glutsummer ist erst der Anfang der Erderwärmung. Und Sie jetten für ein «Blick»-Fotoshooting auf die Malediven Sonne tanken. Schöne Bilder! Aber der Fotograf hätte Sie genauso gut vor der heimischen Fototapete knipsen können. Dass Sie dabei ins Grübeln kommen, spricht für Sie, aber gegen Ihr unsensibles Management. Für die CO₂-Bilanz dieser Session könnte ich glatt 10 Jahre Schummeldiesel fahren. Schlagen Sie als nächste Location doch die Arktis vor, die ist bald eisfrei und eignet sich prima zur Präsentation von Bademoden. Und man kann erst noch klimaneutral hinsegeln. Ahoi! Endo

Ihr SMS an Endo:
077 437 56 82

Bei Vögele fanden sie sich. Bei OVS erlebten sie einen **Albtraum!**



MARCO UND ESTHER MEYER: «Die Schliessung der OVS-Filialen war schlicht zum Kotzen.» FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Marco und Esther* Meyer verkauften dreissig Jahre lang Kleider bei Vögele. Dann kam der Modegigant OVS und stellte sie auf die Strasse.

CHRISTIAN EGG

Sie: «Herr Meyer, Ihr Hemdkragen ist schief!» Er: «Danke! Das git en Kafü.» So fing alles an, vor dreissig Jahren. Sie hatten beide neu bei Charles Vögele angefangen, sie, die junge Quereinsteigerin, die nach einer Coiffeuselehre in die Modebranche wechselte, und er, der Vollblutverkäufer. Schnell freundeten sie sich an, dann wurden sie ein Liebespaar. Kommenden Herbst feiern sie ihre silberne Hochzeit.

WIEDER VORNE ANFANGEN

Es ist angenehm schattig auf dem Balkon. Marco Meyer (64) erzählt: «Nach dreissig Jahren haben sie uns einfach den Schuh gegeben.» Ende Juni erhielten die Meyers die Kündigung, gleich wie alle anderen 1178 Angestellten bei OVS auch. Der italieni-

sche Modegigant, der die marode Charles Vögele vor nur anderthalb Jahren übernahm und grosse Versprechen machte, lässt seine Schweizer Tochtergesellschaft schon wieder fallen. Konkurs. Ohne Sozialplan. Es ist die grösste Massenentlassung in der Geschichte des Schweizer Detailhandels.

Marco Meyer sagt: «Ich habe es gut. Ich muss keine neue Stelle mehr suchen. Ich habe nur noch drei Monate bis zur Pensionierung.» Esther Meyer hingegen ist erst 49. Sie muss nun eine neue Stelle finden. Darum will sie auch nicht mit vollem Namen in der Zeitung erscheinen.

Zwar hat sie zehn Jahre lang eine Abteilung geleitet. War verantwortlich für sechs Kassen gleichzeitig. Übernahm die Aufgaben der Filialleiterin, wenn diese nicht da war. Aber sie hat nie eine formelle Aus- oder Weiterbildung im Detailhandel gemacht. Und das ist jetzt das Problem auf der Stellensuche: «Ich müsste wieder bei null anfangen», sagt sie. «Aber ich habe nicht noch einmal 30 Jahre Zeit, um mich hochzuarbeiten.»

Kommt dazu: Die ausgeschriebenen Jobs im Verkauf seien fast alles Teilzeitstellen mit tiefem Pensum, 20 bis höchstens 60 Prozent, und seien fast immer nur im Stundenlohn bezahlt. «Ich müsste zwei Jobs annehmen, um über die Runden zu kommen.»

VERARSCHT

So etwas wie mit OVS, das haben Meyers noch nie erlebt: unvorstellbar und unglaublich demütigend. Zum Beispiel die Geschichte mit dem Dienstaltersgeschenk: Exakt eine Woche bevor OVS die Reissleine zog, bekam Esther Meyer noch eine Prämie von gut 5000 Franken, fürs dreissigste Dienstjubiläum. «Als Zeichen der Anerkennung Ihrer treuen Dienste», hiess es im Brief. Das freute die Verkäuferin riesig. Doch die Freude hält nicht lange – OVS nimmt ihr das Geschenk wieder weg. In den Lohnabrechnungen, die work vorliegen, wird die Prämie einen Monat später plötzlich zum «Vorschuss», der ihr nun abgezogen wird. Konsequenz: Im Juni erhält sie gar keinen Lohn, im Juli bloss 700 Franken. Das habe ihr den Rest gegeben, erzählt Meyer: «Ich habe nur noch geheult. Ich kannte das nicht, dass man mit den Leuten derart umspringt.»

Kurz darauf kam die Liquidation der OVS-Filialen. Marco Meyer erlebte die Schliessung in Thun, Esther Meyer in Bern. «Es war schlicht zum Kotzen», sagt er. Überall Schmutz und Staub, weil

OVS die Putzfirma nicht mehr bezahlte. Und überall Kleiderberge, weil die Kundschaft die Kleider achtlos auf den Boden warf. Einmal sei ein Kind mit dem Trottiennett einfach über die Kleider am Boden gefahren, sagt Esther Meyer: «Als meine Kollegin dem Kind sagte, es solle aufhören, beschimpfte der Vater sie als Schlampe.»

Und dann der Brief: Eine Woche nach dem Aus erhielten die Meyers ein Schreiben aus der Chefetage. Darin stand: «Ein riesiges Dankeschön für Ihren grossen Einsatz.» Und: Angesichts der Umstände habe man «das Bestmögliche für alle erreicht. Es hat sich gelohnt.»

Als Marco Meyer diese Passage auf seinem Balkon nochmals liest, platzt ihm der Kragen: «Wahrscheinlich haben die Chefs nachher nach Italien telefoniert und gemeldet: Es hat sich gelohnt, wir konnten die Angestellten in der Schweiz verarschen, sie haben's geschluckt.»

DER BEFREIUNGSSCHLAG

Ohnmacht, Demütigung, Wut. Anfang Juli beschliesst Marco Meyer, nach Venedig zu fahren. Zum Hauptsitz von OVS. Zusammen mit 50 anderen Entlassenen. Und mit der Unia. Sie stehen da mit wehenden Fahnen, und sie tragen Masken. Mit dem Konterfei des obersten OVS-Bosses Stefano Beraldo. Meyer packt das Megaphon. Das italienische Fernsehen ist auch da. Er ruft: «Du bist kein CEO, du bist ein Gangster, Beraldo!» Die anderen Verkäuferinnen und Verkäufer klatschen. Und sie skandieren: «Beraldo, Sozialplan jetzt!» Der Himmel ist blau. Die Stimmung ist gut. Es ist wie ein Befreiungsschlag.

Jetzt, wo Marco Meyer alles Revue passieren lässt, kommt ein Lächeln in sein Gesicht. «Das hat mir gutgetan», sagt er. Warum aber hatten sich die Verkäuferinnen und Verkäufer nicht früher gewehrt? Warum haben sie sich auch dann noch alles gefallen lassen, als die Schliessung bereits feststand? Warum sind sie bei der schikanösen Liquidation nicht einfach davongelaufen? So, wie es Beraldo längst getan hatte? Esther Meyer sagt: «Die meisten hatten Angst, bis zum bitteren Ende.» Er: «Auch als die Alliierten nur noch zweihundert Meter vom Hitler-Bunker entfernt waren, taten viele immer noch, was man ihnen befahl.» Ist dieser Vergleich nicht etwas krass? «Schon», sagt Meyer, «aber es ist doch so, oder?»

Arbeitslosigkeit: Grosser Zahlen-Bschiss

NEUENBURG. Die Schweiz hat mit 2,4 Prozent offiziell so wenig Arbeitslose wie seit zehn Jahren nicht mehr. Der wahre Grund: Ausgesteuerte und ältere Arbeitslose werden nicht mitgezählt. Tatsächlich sind mit 4,9 Prozent doppelt so viele Menschen arbeitslos. Das hat das Bundesamt für Statistik (BFS) für das erste Quartal 2018 errechnet – nach den Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diese Zahlen schliessen alle Arbeitslosen und Ausgesteuerten ein und erlauben einen korrekten Vergleich mit anderen Ländern, wie die NZZ am Sonntag berichtete. Demnach liegt die Schweiz weit über dem deutschen Durchschnitt von 3,5 Prozent. Die neuen Zahlen des BFS zeigen einen Anstieg der Langzeitarbeitslosen auf 99 000 Personen – doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Das Seco weist nur knapp 20 000 Langzeitarbeitslose aus und stellt keine Zunahme fest.

AHV-Lohnbeitrag soll steigen

BERN. Auch die Kommission des Nationalrates will die Steuervorlage mit der AHV verknüpfen. Sie stimmte diesem Kompromiss aus dem Ständerat zu. Die Kommission will die AHV-Lohnbeiträge – wie der Ständerat –



NATIONALRAT: Er berät im Herbst über die Steuervorlage. FOTO: KEY

von 8,4 auf 8,7 Lohnprozente anheben, um das Sozialwerk zu sichern. Für die Vorlage stimmte eine Allianz aus SP, FDP und CVP. Anträge der SVP wurden abgelehnt, darunter auch die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre. Auch die Linke scheiterte mit dem Versuch, das Paket aus dem Ständerat noch zu korrigieren. Ihren Antrag, die Steuern auf Dividenden zu erhöhen, lehnte die Kommission ab. In der Herbstsession kommt das Geschäft in den Nationalrat.

Gastro-Löhne steigen

BASEL. Im Gastgewerbe steigen die Mindestlöhne im nächsten Jahr um 1 bis 1,3 Prozent. Darauf haben sich die Sozialpartner geeinigt. Für Ungelehrte heisst das 3470 Franken pro Monat statt wie bisher 3435. Zwar hatten die Gewerkschaften deutlich mehr gefordert. Aber, so Mauro Moretto von der Unia: «Die Löhne wachsen immerhin stärker als die Teuerung.» Positiv auch: Anders als letztes Jahr brauchte es bei den Verhandlungen diesmal keinen Umweg über ein Schiedsgericht.

Sozialplan: OVS drückt sich

Für Anne Rubin, Detailhandelsexpertin der Unia, ist klar: «Der Modegigant OVS versteckt sich hinter dem Konkurs der Schweizer Tochtergesellschaft Sempione Fashion.» Dabei hätte das italienische Mutterhaus, «die Drahtzieherin des ganzen Debakels», durchaus die Mittel, um die entlassenen Angestellten zu entschädigen. Die Unia fordert weiterhin einen Sozialplan mit Abgangsentschädigungen, abgestuft nach Alter, Dienstjahren und Familiensituation. Der Konkurs hat auch Folgen im Ausland: Die Tochtergesellschaft Charles Vögele in Österreich musste ebenfalls Insolvenz anmelden und steht vor dem Aus. Betroffen sind 700 Mitarbeitende in Österreich sowie knapp 300 in Ungarn und Slowenien. Die Ableger in Deutschland und den Niederlanden hat OVS bereits verkauft. Rund 150 Beschäftigte verloren dort die Stelle. (che)

*Vorname von der Redaktion geändert



ALLEIN, ABER TROTZIG: Wirtschaftsminister Schneider-Ammann. FOTO: KEYSTONE

Das steht wirklich in Schneider-Ammanns Papier Der grosse Vertrauensbruch

Die Gespräche der Sozialpartner über das EU-Rahmenabkommen sind gescheitert, bevor sie begonnen haben. So kam es zur Eskalation.

CLEMENS STUDER

Am Anfang war der Aussenminister. Ignazio Cassis machte in einem Radiointerview die 8-Tage-Regel lächerlich. Diese ist ein zentraler Punkt der flankierenden Massnahmen. Sie sagt, dass sich EU-Firmen, acht Tage bevor sie in der Schweiz die Arbeit aufnehmen, melden müssen. Damit die Kontrolleure überhaupt wissen, wo sie allenfalls kontrollieren müssen. Cassis will diesen Schutz für

«Das ist ein innenpolitischer Verrat an den Lohnabhängigen!»

PAUL RECHSTEINER, SGB-PRÄSIDENT

Arbeitnehmende und einheimische Gewerblere aufweichen oder gar abschaffen. Was Cassis (hoffentlich) wusste, aber nicht sagte: der Bundesrat hat die flankierenden

Massnahmen ausdrücklich von den Verhandlungen über das Rahmenabkommen ausgenommen. Daran erinnerte die Regierung Cassis am 9. Juni und bekräftigte einmal mehr: Der Lohnschutz ist nicht Teil der Verhandlungen. Weder die 8-Tage-Regel noch sonst Elemente daraus. Es geht bei den roten Linien nicht darum, ob die Meldefrist 8, 7 oder 4 Tage beträgt. Es geht darum, dass die flankierenden Massnahmen nicht Gegenstand des Rahmenabkommens mit der EU sind. Punkt.

SCHNEIDER-AMMANN'S LEUTE

Gleichzeitig beauftragte der Bundesrat den Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, allfällige technische Erneuerungen der Flankierenden auszuloten. Der warf sich in die Pose des Patrons, der an guter Sozialpartnerschaft interessiert ist, und nahm die Arbeit auf. Aber wie! Seine Entourage verfasste ein Papier zu den geplanten Gesprächen, das sich wie die Wunschliste von Marktradikalen, Sozialabbauern und Gewerkschaftshassern liest. Schneider-Ammann's Leute stellen die gesamten flankierenden Massnahmen in Frage. Sie wollen, was die Deregulierer aus der EU auch wollen. Zum Beispiel: weniger Kontrollen; weniger exakte Kontrollen; keine Kauttionen; nur noch symbolische Strafen für Lohndumper; keinen finanziellen Beitrag der EU-Firmen mehr an die Kontrollkosten, quasi freie Bahn für Scheinselbständige. Das liest sich nicht nur wie eine

Wunschliste von Sozialabbauern, das ist auch eine. Die Gespräche sollen darum gehen, wie der bestehende Schutz der Schweizer Löhne geschwächt beziehungsweise gleich ganz abgeschafft werden kann. SGB-Präsident Paul Rechsteiner bringt es auf den Punkt: «Das ist innenpolitischer Verrat an den Lohnabhängigen!»

WIRTSCHAFTSMINISTER WAR GEWARNT

Dumm oder dreist? Wohl beides! Dumm, weil es den Verfassern des Papiers klar sein musste, dass auf dieser Basis keine Gewerkschaft, die diesen Namen verdient, Gespräche führen würde. Dabei war Schneider-Ammann seit spätestens Anfang Juni gewarnt (work berichtete am 29. Juni rebrand.ly/flam1). Und dreist, weil es allem widerspricht, was der Bundesrat bisher versprochen und beschlossen hat. Wenn sich die Gewerkschaften unter diesen Umständen gar nicht erst an den Tisch setzen mögen, ist das nur folgerichtig. Doch ohne Gewerkschaften sind Schneider-Ammann's «Verhandlungen» faktisch Plauderstündchen jener, die den Arbeitnehmerschutz schwächen möchten, aber es nicht durchsetzen können.

Noch lässt ein zwischen Trotz und Beleidigt («So geht man nicht mit einem Bundesrat um») oszillierender Schneider-Ammann «technische Gespräche» organisieren. Es ist aber ein sehr kleiner Kreis, der sich noch daran beteiligt. Die Arbeitgeber und die Kantone. Wie lange letztere noch einen Sinn darin sehen, ohne die Arbeitnehmenden zu «verhandeln», ist fraglich. Bundespräsident Alain Berset hat den von Schneider-Ammann und Cassis angerichteten Scherbenhaufen auf die Traktandenliste der Bundesratssitzung vom 15. August gesetzt. Die Herren werden sich erklären müssen. Am Tag darauf kommt die Aussenpolitische Kommission des Ständerates zusammen. Auch sie hat Aussenminister Cassis aufgeboten (Ergebnisse erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe).

WARTEN AUF 2020

Die beiden FDP-Bundesräte stehen unterdessen ziemlich alleine da. Gestützt werden sie noch von ihrer eigenen Partei und den rechten Grünen von der GLP. Wahrscheinlichstes Szenario: begleitet von einigen innen- und aussenpolitischen Scharmützeln und Nebelpetarden werden die Verhandlungen um ein Rahmenabkommen bis 2020 verzögert. Dann mit einem Wirtschaftsminister oder einer -ministerin und einem Aussenminister, die sich an die Beschlusslage der Gesamtregierung halten und wissen, dass ohne Schutz der Rechte der Arbeitnehmenden nichts geht.

Gewerkschaften und flankierende Massnahmen Die Millionen-Lüge

Neues aus den rechten Fälscherwerkstätten. Diesmal: Gewerkschaften kassieren dank flankierenden Massnahmen Millionen. Eine glatte Lüge!

CLEMENS STUDER

Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher erzählt's und «Weltwoche»-Chef Roger Köppel auch – und so manche Journalistin und mancher Journalist plappert's nach: Die Gewerkschaften seien für die flankierenden Massnahmen, weil sie daran Millionen verdienen würden.

DIE FAKTEN

● **Der Mechanismus:** Die Kontrollen werden von den paritätischen Kommissionen der Arbeitnehmenden und Arbeitgeber durchgeführt. Auf

der Basis einer Leistungsvereinbarung bezahlt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine pauschale Entschädigung pro Kontrolle. Die effektiven Kosten für die paritätischen Kommissionen sind höher, zudem werden die Kontrollen bei Schweizer Betrieben nicht vom Seco entschädigt. Weder die Unia noch die Arbeitgeber erhalten Geld für Kontrollen.

● **Die konkrete Rechnung:** Dem Landesmantelvertrag des Bauhauptgewerbes unterstehen rund 100 000 Lohnabhängige. Er ist damit einer der grössten der Schweiz. Im Jahr 2017 führten die paritätischen Kommissionen 617 Standard- und Spezialkontrollen durch. Die Entschädigung des Seco dafür betrug 580 000 Franken. Die gesamten Kosten für den Vollzug des Landes-

mantelvertrages beliefen sich 2017 jedoch auf 16,5 Millionen Franken. Dies etwa für Kontrollen oder Entschädigungen der nationalen und der 27 lokalen paritätischen Kommissionen.

Fazit 1: Die Entschädigungen des Seco decken nur einen Bruchteil der Gesamtkosten.

Fazit 2: Die Arbeitnehmenden und die Arbeitgeber finanzieren die Kontrollen – nicht die Kontrollen die Gewerkschaften.

Fazit 3: Wer das Gegenteil behauptet, lügt oder verbreitet Lügen.

SGB-BROSCHÜRE

Mehr Informationen zu den flankierenden Massnahmen finden Sie hier: rebrand.ly/sgb-flam

Streit um Arbeitnehmerschutz «FDP-Bundes

Die Gewerkschaften lassen die Gespräche über Verhandlungen um ein Rahmenabkommen mit der EU platzen. Unia-Chefin Alleva erklärt, warum.

CLEMENS STUDER

work: Vania Alleva, die Gewerkschaften nehmen nicht an den von Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann organisierten Verhandlungen über die flankierenden Massnahmen teil. Warum diese Gesprächsverweigerung?

Vania Alleva: Weil Abstriche bei den Arbeitnehmerrechten für uns nicht verhandelbar sind. Wir haben diesen Entscheid nicht leichtfertig gefällt. Er hat eine längere Vorgeschichte.

Erzählen Sie!

Der Bundesrat hat für die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen eine rote Linie definiert und versprochen, dass er nicht über die flankierenden Massnahmen diskutieren wird. Denn sie garantieren, dass in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden müssen. Doch FDP-Aussenminister Ignazio Cassis brach dieses Versprechen im Frühsommer, als er in einem

Sie wollen den Lohnschutz massiv aushöhlen.

Radiointerview die sogenannte 8-Tage-Regel lächerlich machte – eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung des Lohnschutzes auch bei Entsendebetrieben. Übrigens: Bei der Einführung der 8-Tage-Regel zählten wir 90 000 Entsendungen, heute sind es 240 000. Das ist die grösste Zahl pro Kopf europaweit.

Sekundiert wurde Cassis von seinem FDP-Kollegen Johann Schneider-Ammann. Wir haben daraufhin beim Bundesrat interveniert, und dieser hat vor den Sommerferien nochmals seine roten Linien bekräftigt. Das war die Basis für unsere Bereitschaft, an technischen Sozialpartnergesprächen teilzunehmen, wie sie vom Departement Schneider-Ammann gewünscht wurden. Wir haben daraufhin ebenfalls noch vor den Sommerferien dem Bundesrat unsere Positionen in einem Brief erklärt und angeboten, diese auch mündlich zu erläutern.

Dieses Angebot haben Sie jetzt abrupt zurückgezogen. Ziemlich unschweizerisch, wenn man nicht mehr reden will, kritisieren nun viele.

«Unschweizerisch» ist, wenn schon, dass sich die FDP-Bundesräte nicht an die roten Linien des Bundesrates halten. Das Fass zum Überlaufen brachten nämlich die Unterlagen zu den Gesprächen aus dem Departement von Bundesrat Schneider-Ammann. Diese bestätigen unsere schlimmsten Befürchtungen: Es geht um viel mehr als «technische» Fragen. Es geht ganz grundsätzlich um den Lohnschutz. Schneider-Ammann stellt alles zur Disposition: von der 8-Tage-Regel über die Kautionspflicht, die Sanktionen gegen fehlbare Arbeitgeber und über die Bekämpfung der Scheinselbständigkeit bis hin zur Qualität und Quantität der paritätischen Arbeitskontrollen. Das ist ein totaler Angriff auf den Kern der flankierenden Massnahmen und damit auf die Rechte



aller Arbeitnehmenden in diesem Land. Ausserdem sollen künftig EU-Instanzen über den Schweizer Lohnschutz entscheiden – dies mit unabsehbaren Folgen.

Die Positionen von Cassis und Schneider-Ammann sind durch keinen Beschluss des Bundesrates gedeckt, spielen Sie da drauf an?

Genau! Das lassen wir uns nicht bieten – es reicht mit Alleingängen der FDP-Bundesräte! Die Landesregierung war sich bisher immer bewusst, dass der bilaterale Weg beim Volk nur eine Chance hat, wenn es funktionierende flankierende Massnahmen gibt. Das ist eine der Lehren aus der Ablehnung des EWR-Beitritts. Darum hat der Bundesrat auch entschieden, dass bei den Verhandlungen um ein Rahmenabkommen mit der EU genau diese flankierenden Massnahmen nicht tangiert werden sollen. Wer den bilateralen Weg weitergehen will, muss die Rechte der Arbeitnehmenden schützen.

Was, denken Sie, treibt die beiden FDP-Bundesräte an, den offiziellen Weg des Bundesrates zu sabotieren?

Die FDP-Bundesräte wollen die Verhandlungen über das Rahmenabkommen ganz offensichtlich dazu nutzen, die Rechte der Arbeitnehmenden zu schwächen. Gewisse Arbeitgeberkreise haben eben Freude daran,

– Unia-Präsidentin Vania Alleva warnt: FDP-Bundesräte greifen unsere Löhne an»



UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA: «Abzocker, neoliberale Hardliner, Dumping-Unternehmer und Gewerkschaftshasserinnen vom Schlage einer Martullo-Blocher speien Gift und Galle gegen die flankierenden Massnahmen.»

FOTO: PETER MOSIMANN

wenn der Schutz der Arbeitsbedingungen und der Löhne über die Hintertür ausgehöhlt wird. Das ist verantwortungslos – und Johann Schneider-Ammann ist ein Wiederholungstäter.

Wie meinen Sie das?

Er ist mitverantwortlich dafür, dass 2014 die SVP-Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben damals im Vorfeld der Abstimmung gefordert, dass die flankierenden Massnahmen und die Rechte der Arbeitnehmer gestärkt werden müssen, damit das Volk die schäd-

Wie die Schweiz die Löhne schützt, darf nicht Teil des EU-Rahmenabkommens sein.

liche Initiative ablehnt. Die Leute erleben Lohndruck, hören von willkürlichen Entlassungen, Lohndumping-Fällen und anderen Arbeitgebermissbräuchen – und fangen an, den rechten Rattenfängern zu glauben, die behaupten, die Personenfreizügigkeit sei das Problem. Dabei ist es genau umgekehrt: Das Problem ist, dass es in der Schweiz nach wie vor zu wenig Arbeitnehmerrechte und zu viel Diskriminierung gibt. Es gibt zu wenige wirksame Kontrollen, um Verträge und Gesetz in der Praxis durchzuset-

zen, und Kurzaufenthalter, Grenzgänger, Praktikanten, Sans-papiers können dann leicht ausgebeutet werden. Das müssen wir ändern. Aber Schneider-Ammann und die Arbeitgeber wollten und wollen davon nichts wissen. Sie scheinen nichts gelernt zu haben, oder lernen zu wollen.

Sie halten das aktuelle Benehmen der FDP-Bundesräte für Teil eines generellen Angriffs auf die Rechte der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Wer steckt hinter Cassis und Schneider-Ammann?

Abzocker, neoliberale Hardliner, Dumping-Unternehmer und Gewerkschaftshasserinnen vom Schlage einer Martullo-Blocher speien Gift und Galle gegen die flankierenden Massnahmen. Sie hätten lieber völlig freie Hand, wenn es darum geht, unsere Arbeitskraft möglichst billig auszu-beuten. Allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge, Mindestlöhne und Lohnkontrollen stören ihre Jagd nach Extraprofiten. Mit den Flankierenden haben wir Gewerkschaften zusätzliche Rechte erkämpft, welche die schlimmsten Auswüchse der Ausbeutung in unserem Land bändigen helfen. Es überrascht nicht wirklich, dass das nicht allen gefällt.

Von rechts heisst es, die Gewerkschaften würden sich dem technischen Fortschritt bei den

Meldemöglichkeiten verweigern. Ausserdem habe die EU unterdessen gleichwertige oder gar bessere Massnahmen zum Schutz vor Lohndumping eingeführt.

Beides ist falsch. Es geht ja nicht darum, die 8-Tage-Regel ein bisschen zu verändern, und dann würde die EU einlenken. Es geht darum, dass die FDP-Bundesräte die EU beim Schweizer Lohnschutz bestimmen lassen will. Dabei wissen sie genau, dass die EU-Kommission und der europäische Gerichtshof den Lohnschutz in vielen EU-Mitgliedländern sabotiert haben und zunehmend arbeitnehmerfeindliche Urteile gefällt wurden. Es ist kein Zufall, dass uns der Europäische Gewerkschaftsbund in unserem Kampf unterstützt. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, wovon sie reden. Und sie wären froh, sie hätten unsere Regelung.

Ist die Personenfreizügigkeit für Sie eigentlich eine Erfolgsgeschichte?

Sie ist eine grosse Errungenschaft. Vor der Personenfreizügigkeit hatten wir das entwürdigende Saisonierstatut plus Kontingente. Dass wir dies überwunden haben, ist ein grosser Erfolg. Die Unia hat sich immer sowohl für die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmenden als auch für eine wirksame Regulierung des Arbeitsmarktes starkgemacht; die Personenfreizügig-

keit mit der EU zusammen mit den flankierenden Massnahmen hat uns diesbezüglich einen grossen Schritt vorwärtsgebracht. Die flankierenden Massnahmen sind ein nichtdiskriminierender Schutz und bringen Verbesserungen für alle Arbeitnehmenden. Je mehr Rechte Arbeitnehmende haben, desto weniger ausbeutbar sind sie. Die flankierenden Massnahmen schützen darum unsere Arbeitsbedingungen besser, als Kontingente und Diskriminierungen es je konnten und können. Denn diese führen nur zu prekären Arbeitsbedingungen und fördern Überausbeutung. Personenfreizügigkeit plus Flankierende: das ist der richtige Weg, den wir dringend weiter verbessern müssen.

Gefährdet Ihr kategorisches Nein jetzt nicht gerade diese Bilateralen?

Im Gegenteil! Mit unserem Einsatz für die flankierenden Massnahmen retten wir den bilateralen Weg. Denn ohne Flankierende haben die Bilateralen bei der Bevölkerung keine Chance. Aus guten Gründen.

Mittlerweile stehen nur gerade noch die FDP und die GLP hinter den FDP-Bundesräten. Wie geht es jetzt weiter?

Ich bin froh, ist unsere klare Ansage angekommen. Der Bundesrat muss seine FDP-Kollegen nun definitiv auf die rote Linie verpflichten. Und die

workfrage: Was denken Sie über den Frontalangriff der FDP-Bundesräte auf den Lohnschutz?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

heisst: Wie die Schweiz Schweizer Löhne schützt, ist nicht Teil des Rahmenabkommens. Sollte die Landesregierung das nicht fertigbringen, was ich sehr bedauern würde, lancieren wir das Referendum. Denn Rahmenabkommen hin oder her: unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es, die Rechte der Arbeitnehmenden, ihre Löhne und ihre Arbeitsbedingungen zu schützen.

Und dann ist das Rahmenabkommen tot?

Dieses schon. Und dann braucht es eben ein besseres Abkommen.

Griechenland hofft wieder Tsipras' rote Krawatte

Alexis Tsipras mit einer Krawatte – das war ein Novum für die Griechinnen und Griechen. Noch nie hatte der linke Regierungschef bisher «oben mit» getragen. Doch nun montierte er das rote Stück – dies hatte er



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

für das Ende der Vormundschaft durch die EU versprochen. Für das Ende des griechischen Dramas:

Akt 1: Ab den 1980er Jahren verspricht die EU den Griechinnen und Griechen ein besseres Leben. Europäische Banken gewähren haufenweise Kredite für Immobilien, Infrastrukturen und Konsum. Auch der griechische Staat gibt grosszügig aus und zieht wenig Steuern ein.

Akt 2: 2010 wetten Spekulanten an der Wall Street auf die Pleite Griechenlands und drücken seine Wertpapiere auf Ramschniveau. Umso höher steigen die Schuldzinsen. Bald steht Griechenland vor dem Bankrott. Da zittern die Banken in Frankreich

EU diktierte eine brutale Sparpolitik.

und Deutschland, denn sie haben am meisten Kredite vergeben.

Akt 3: Die EU wendet den Bankrott mit Milliardenzahlungen ab. Gerettet werden aber nicht die Griechen, sondern die Banken. Ihre faulen Kredite werden zu Schulden des griechischen Staats.

Akt 4: Die EU diktiert Griechenland eine siebenjährige brutale Sparpolitik. Die Renten und Löhne sinken 20 bis 30 Prozent. Ein Viertel der Bevölkerung stürzt in die Armut. Mangelernährung macht sich breit. Spitäler weisen mittellose Kranke ab. Die Wirtschaftskraft des Landes schrumpft um einen Drittel. So etwas hat es in Europa bisher nur im Krieg gegeben.

Akt 5: Am 21. August 2018 endet das Diktat der EU. Es bleibt ein riesiger Schuldenberg, den soll Griechenland bis 2060 zurückbezahlen. Das ist unmöglich. Eigentlich müsste die EU Schulden abschreiben und mit Investitionen in Wirtschaft und öffentliche Dienste Starthilfe leisten. Das wäre schon vor Jahren die richtige Medizin gewesen.

Aber dennoch: Alexis Tsipras hat guten Grund, die rote Krawatte anzuziehen. Das Tal der Tränen ist endlich durchschritten. Die griechische Wirtschaft zieht an. Die Regierung hat die Spitäler wieder zugänglich gemacht, sie will eine Erhöhung der Mindestlöhne und andere Sozialreformen. Die Griechinnen und Griechen können wieder hoffen.



TENUE LEICHT IN DER SOMMERHITZE: Dieser Strassenbauarbeiter in Zürich trägt sie, die kurze Hose. FOTO: OBS/SBV

Kurze-Hosen-Meldung des Baumeisterverbandes: Und das steckt wirklich dahinter

Abgesägte Hosen statt Shorts

Der Baumeisterverband will mitten im Hitzesommer mit Shorts auf den Baustellen gute Stimmung verbreiten. work hat genauer hingeschaut und gesehen: Der Verband lenkt damit von den wirklich heissen Themen ab.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Am 12. Juli 2018 feiert sich der Baumeisterverband selbst. Er habe sich aktiv und erfolgreich für die Abschaffung des Verbotes von kurzen Hosen auf den Baustellen eingesetzt. Einige vom Sommerloch und der Hitze geplagte Journalisten verbreiteten die Meldung dankbar. Endlich müssten die Búezer nicht in der langen Sicherheitshose auf der Baustelle chrampfen. Wer könnte schon gegen Tenue-Erleichterungen sein bei diesen Temperaturen?

HITZEFREI

Doch die vermeintliche Erfolgsmeldung der Baumeister ist eine Nebelgranate und Augenschwermere. François Clément ist bei der Unia verantwortlich für Gesundheit und Sicherheit auf Baustellen. Er sagt: «Es geht nicht um die Länge der Hosen, sondern darum, dass die Bauherren bei grosser Hitze die Arbeit anpassen oder gar die Baustelle schliessen müssten.» Denn Arbeit bei grosser Hitze steigert das Unfallrisiko und schadet der Gesundheit. Auf vielen Baustellen gebe es zwar dank jahrelangem Einsatz der Gewerkschaften Trinkwasser, Son-

nencreme und Pausen am Schatten. Doch gegen verbindliche Regelungen wehren sich die Baumeister. Nur das Tessin hat seit 2008 eine Hitzeregulation, die im Strassenbauvertrag verankert ist. Erlässt der Kanton eine Hitzewarnung, müssen die Búezer auf Strassenbaustellen nur noch von 6 bis 13 Uhr arbeiten.

ABLENKUNGSMANÖVER

«Ich frage mich», sagt Clément weiter, «was der Baumeisterverband mit dieser Nachricht tatsächlich bezwecken wollte.» Von den wirklich

«Es geht nicht um die Hosenslänge, sondern um Hitzeregulungen.»

FRANÇOIS CLÉMENT, UNIA

heissen Themen ablenken womöglich? Denn auch wenn die Sonne in den vergangenen Wochen heftig auf die Baustellen brannte – das Wetter ist nicht das brennendste Problem auf dem Bau. Dieses heisst Gesamtarbeitsvertrag und Rente mit 60. Das hat die Baudemo vom 23. Juni gezeigt. 18 000 Bauarbeiter gingen auf die Strasse und setzten damit ein klares Zeichen für die Rente 60, für den Schutz von älteren Mitarbeitenden und gegen die 50-Stunden-Woche. Und 93 Prozent der Baubúezer sind zum Streik bereit (work berichtete: rebrand.ly/baudemo). Übrigens: Die Nachricht der Baumeister ist auch inhaltlich irreführend. Unia-Mann Clément sagt:

«Die neue EU-Norm erlaubt kurze Hosen ausschliesslich in Zonen, in denen maximal 60 Kilometer pro Stunde gefahren werden darf. Und auch dann nur für jene, die den Verkehr lenken. Das sind pro Baustelle nur etwa zwei bis drei Personen.» Dazu kommt: Die Schweiz hat es verpasst, die neue EU-Norm landesweit anzupassen. Darum liegt die Regelung der Hosenslänge nun im Ermessen der Bauherren. Das heisst konkret: Über die Hosenslänge der verkehrsregelnden Búezer entscheidet der jeweilige Auftraggeber.

Fazit: Die vermeintliche Erfolgsmeldung des Baumeisterverbandes ist inhaltlich dünner als die leichteste Sommerbluse – und statt die Búezer in Shorts, stehen die Chefs mit abgesägten Hosen da.

Biberli meint: «Hosen? Wieso Hosen?»



Neue Zahlen zeigen: Sparwut der Kantone bringt immer mehr Haushalte in Not Hunderttausend verlieren Prämienverbilligung

Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr. Trotzdem streichen die Kantone immer mehr Versicherten die Prämienverbilligung. Das zeigen neue Zahlen.

PATRICIA D'INCAU

Seit 2012 haben die Kantone rund 100 000 Personen die Prämienverbilligung gestrichen. Und das, obwohl die Haushalte immer mehr unter den steigenden Krankenkassenprämien leiden. Das zeigt eine Auswertung des SRF-Nachrichtensmagazins «10 vor 10».

Getroffen hat es vor allem Berufstätige in der unteren Mittelschicht, Alleinerziehende und Familien. Weil die Krankenkassenprämie in der Schweiz für alle Versicherten gleich hoch ist – egal ob



KRANKENKASSEN: Höhere Kosten für Alleinerziehende und Familien.

arm oder reich – gibt es die Prämienverbilligungen. Darauf haben laut dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung alle Anspruch, die «in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen» leben.

Was das genau heisst, kann aber jeder Kanton selber bestimmen – und immer wieder daran rumschrauben.

STEUERGESCHENKE. Zum Beispiel der Kanton Luzern: Dort bekam vor einigen Jahren noch Prämienverbilligung, wer maximal 75 000 Franken pro Jahr verdiente. Heute liegt die Grenze bei 54 000 Franken. Der Grund: Luzern hat die Steuern für Unternehmen gesenkt. Das hat ein grosses Loch in die Kantonskasse gerissen. Um es zu stopfen, wird bei den Leistungen gekürzt. Konsequenz: Mehr als der Hälfte der bisherigen Beziehenden strich der Kanton die Prämienverbilligung. Konkret bedeutet das für eine vierköpfige Familie: Sie steht mit der gesamten

Prämienlast – bis zu 15 000 Franken pro Jahr für die Grundversicherung – alleine da. Trotz kantonalen Unterschieden, rückwärts geht es fast überall: 22 Kantone strichen in den vergangenen Jahren Prämienverbilligungen.

10-PROZENT-DECKEL. Für die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker ist das «besorgniserregend. Schliesslich ist die Krankenkassenprämie einer der grössten Posten im Haushaltsbudget.» Für Schenker ist klar: Es braucht eine schweizweite Lösung für die Beschränkung der Prämienlast. Die SP wird dazu eine Initiative lancieren. Das Ziel: Die Krankenkassenprämien sollen künftig nicht höher sein als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens.

UNIA online



Tauchen Sie ein in die Geschichte

Vom 16. August bis zum 25. September findet in Olten das Theaterspektakel «1918.CH» über den Landesstreik statt. Sichern Sie sich jetzt Ihren Platz:

www.unia.ch/theater-1918

Frankreich: Ärzte im Hungerstreik

Ein Arbeitskampf auf Leben und Tod

Mit einem aufsehenerregenden Streik hat das Personal einer psychiatrischen Klinik in der Normandie die Schaffung von 30 neuen Stellen erzwungen.

OLIVER FAHRNI

Am 5. Juni musste Manos Kappatos, 51, in Rouen (Normandie) von der Sanität gerettet werden. Er wurde unter dem donnernden Applaus seiner Arbeitskolleginnen und -kollegen, der Ärzte und Pflegenden der psychiatrischen Klinik Rouvray weggetragen. Der Psychiatriepfleger Kappatos war im Hungerstreik und hatte in 16 Tagen 21 Prozent seines Körpergewichtes verloren. Es ging um Leben und Tod. Vor ihm waren schon ein hungerstreikender Arzt und ein weiterer Pfleger zusammengebrochen. Thomas Petit, 50, minus 12 Kilo an jenem Tag, sass bleich unter dem Protestzelt und sagte: «Es ist ein fürchterliches Paradox, dass wir vom medizinischen Personal unser Leben aufs Spiel setzen müssen, um gehört zu werden.»

HOFFNUNGSLOS ÜBERBELEGT

Die Mediziner der Psychiatrie in Rouen hatten zum extremen Mittel gegriffen, das «eigentlich im Widerspruch zu unserer Ethik steht», weil die Zustände in der Klinik für Patienten und Personal menschenunwürdig geworden waren. Kranke leben

«Wir füttern. Und geben die chemische Keule. Basta.»

SUSANNE L., PSYCHIATRIE-PFLEGEFACHFRAU

Susanne L. sagt: «Wir füttern. Und geben die chemische Keule. Basta. Manche Kollegen nehmen selbst auch eine Pille oder zwei.» Max B., 48, bald 20 Jahre im Haus und Chef über fünf Pflegeeinheiten, konstatierte im Juni: «Die Grenzen sind erreicht. Wir sollen immer mehr mit immer weniger Mitteln leisten. Jetzt führt die Überarbeitung schon zu Streit zwischen den Berufsgruppen im Personal. Die Patienten leiden.»

ENDLICH: 30 NEUE STELLEN

Monatelang hatten sie mit Hilfe der Gewerkschaften CGT und Sud gekämpft, den Premier und die Gesundheitsministerin



BIS ZUM LETZTEN: Ein Notfallteam rettet einen Pfleger der psychiatrischen Klinik Rouvray (Normandie). Er hatte mit einem Hungerstreik gegen die miserablen Zustände dort protestiert.

alarmiert, die Regionalverwaltung besetzt. Im März traten sie schliesslich in einen unbefristeten Streik. Ihre wichtigsten Forderungen: 52 zusätzliche Stellen. Und die Einrichtung einer Abteilung für Jugendliche. Als die Verwaltung darauf mit der Ankündigung einer weiteren Betriebsanalyse auf Zeit spielte, beschlossen acht Pflegenden ihren Hungerstreik. Vor dem Eingang der Klinik prangte ein riesiger Stinkefinger. Da-

neben stand: «Das ist ihre Antwort.» Und darüber: «Ici on crève», «hier verreckt man». Vom Dach hing ein Tuch: «Das Spital der Schande».

Doch erst als mit Thomas Petit, dem Kopf der Bewegung, der vierte Hungerstreikende auf der Notfallstation des Unispitals Rouen eingeliefert wurde, rührte sich die Politik. Am 8. Juni sagte sie die Schaffung von 30 neuen Stellen zu.

Macron spart: Sterben auf dem Spitalgang

Ein kleiner Eingriff. Ambulant, halbes Stündchen. Die Sache ist um 8 Uhr angesetzt. Gegen 16 Uhr erscheint die Ärztin. Alles abgesagt. Mangels Instrumenten. Die Sterilisierungsabteilung kann nicht schnell genug sterilisieren. Seit der letzten Sparübung fehlt das Personal.

So geht das im Sommer 2018 in La Timone, dem grossen Universitätsspital in Marseille. Jetzt arbeiten die Ärztinnen, Ärzte und das Notfallpersonal in Kitteln, auf denen steht: «Grève», Streik. Sie versorgen Wunden, richten Brüche, operieren, retten Leben. Doch symbolisch sind sie im Auszustand. So wie das Spitalpersonal in

Dutzenden von Spitälern quer durchs Land.

DESASTRÖSE LAGE. Die Weiss- und Blaukittel streiken nicht etwa für besseren Lohn. Sie protestieren, weil ihnen die Menschen in den überlasteten Notfallaufnahmen auf den Bahnen in den Gängen sterben. Eine Studie der Notfallärzte in 100 Spitälern zeigt, dass zahlreiche Eingelieferte in Korridoren sechs, acht und mehr Stunden auf einen Arzt warten. Einige sterben dabei. Die Todesrate auf überlasteten Notfallstationen steigt um 30 Prozent, schätzen die Mediziner. 1000 Ärz-

tinnen und Ärzte alarmierten die Gesundheitsministerin. Die Lage sei «schlicht desaströs» schrieben sie, die Sparbefehle der Regierung bedeuteten nichts als die Gefährdung fremder Leben. Eine Petition wurde in wenigen Wochen 300 000 Mal unterschrieben. In Paris beging ein Arzt Selbstmord am Arbeitsplatz. Aus Verzweiflung.

MACRON SCHLÄGT ZU. Doch Präsident Emmanuel Macron mag solche Dinge nicht hören. Die dringende Gesundheitsreform verschob er auf den Herbst. Nicht, dass irgendjemand davon eine Lösung erwartete. Macron, der als erste Amtshandlung 2017 Frankreichs Reichen viele Milliarden geschenkt und den Schutz der Arbeitenden per Arbeitsgesetz geschleift

hatte, lässt keine Gelegenheit aus, den öffentlichen Dienst und die soziale Sicherheit zu attackieren. Den Widerstand der Eisenbahner hat er gebrochen.

In Paris beging ein Arzt Selbstmord am Arbeitsplatz.

Jetzt holt er zum grossen Schlag gegen das Gesundheitswesen aus. Von einer sehr vertraulichen Gruppe Konzernchefs und hoher Beamter, die sich Cap 22 nennt, liess er dafür ein rabisches Sparprogramm zusammenbrauen. Der Bericht sickerte in Teilen durch. Nach den Sommerferien, so hat Präsident Macron seine Minister angewiesen, sollen sie Massnahmen vorlegen. (olf)



la suisse existe
Jean Ziegler

SCHWEIZER WAFFEN FÜR MASSENMÖRDER

Vom grossen französischen Philosophen Edgar Morin stammt der Satz: «Je höher das Konfliktpotential einer Region ist, desto grösser ist die Informationsdichte.» Morins These bestätigt sich im Nahen Osten. Wohl keine andere Region wird so intensiv bearbei-

Der Bundesrat ist vor der profitgierigen Waffenlobby in die Knie gegangen.

tet von Fernsehen, Radio oder Internetplattformen. Diese Staaten sind Schau-

plätze fürchterlicher internationaler Stellvertreterkriege, und jede dort wütende Macht kämpft gleichzeitig um die Informationshoheit. Neben den staatlichen Sendern aus Russland, Grossbritannien, Frankreich und China sind dabei auch von arabischen Kapitaleignern beherrschte Nachrichtensender zu nennen: Der mächtige Sender al-Jazeera, der Katar gehört; al-Arabiya, den das saudische Königshaus kontrolliert; schliesslich al-Mayadeen aus Libanon.

Al-Mayadeen ist bei weitem der zuverlässigste und präziseste Informationslieferant. Er gehört einer Genossenschaft hochkarätiger Journalistinnen und Journalisten christlicher, sunnitischer, drusischer und schiitischer Provenienz. Viele von ihnen sind Mitglieder der äusserst lebendigen kommunistischen Partei Libanons.

ERSCHRECKEND. Dienstag, der 19. Juli 2018: Im Pressesaal des Genfer Völkerbundpalasts trat Moussa al-Assi, der dortige Bürochef von al-Mayadeen, vor die Mikrophone. Unter all den vielen beim europäischen Uno-Hauptsitz in Genf akkreditierten Journalistinnen und Journalisten gehört er zu den wenigen international wirklich einflussreichen Presseleuten. An diesem Tag veröffentlichte er eine Untersuchung seines Senders über ausländische Waffenlieferungen an die Besatzungstruppen aus Saudiarabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten in Jemen. An prominenter Stelle unter den Lieferanten benannte er Firmen aus der Schweiz.

Am 1. Juni habe ich in meiner work-Kolumne über die Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zu den Schweizer Waffenexporten in den Jahren 2016 und 2017 geschrieben. Moussa al-Assi führte jetzt die Zahlen für das erste Halbjahr 2018 an. Sie sind erschreckend: Die Exporte schweizerischer Kanonen und anderer Hochpräzisionswaffen an die Massenmörder aus den Golfemiraten sind von 1,5 auf 9,5 Millionen Franken gestiegen. Im gepeinigten Jemen töten Schweizer Produkte jeden Tag und jede Nacht Kinder, Frauen und Männer.

Warum? Weil der Bundesrat mit einer Mehrheit von fünf zu zwei Stimmen – die beiden sozialdemokratischen Mitglieder haben sich vom Entscheid distanzieren – vor der profitgierigen Schweizer Waffenlobby in die Knie gegangen ist.

Wann erwacht endlich unser Parlament? Wann steht die öffentliche Meinung unseres Landes endlich auf und setzt dieser schändlichen Politik der aktiven Komplizität mit Massenmördern ein Ende?

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



CHEFSPARER: Macron. FOTO: KEY



PUTZ-STRESS: Zehn Minuten pro Zimmer, sechs Zimmer pro Stunde. FOTO: KEYSTONE

Miese Zustände in den Hotels der Marriott-Kette Putzfrauen packen aus

Giftige Putzmittel, 19-Stunden-Tage und sexuelle Übergriffe: Ein Report der Unia prangert die miesen Bedingungen der Putzkräfte in den Marriott-Hotels an.

CHRISTIAN EGG

Petra* ist Reinigungskraft im Zürcher Sheraton-Hotel. Sie sagt: «Ich würde in diesem Hotelzimmer nicht barfuss herumlaufen.» Der Grund: Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen müssen das ganze Hotelzimmer mit demselben Putzmittel reinigen. «Es ist giftig und sollte eigentlich nur im Badezimmer angewendet und mit viel Wasser abgespült werden. Das wird bei Holzböden und bei den Möbeln natürlich nicht gemacht.»

Ein Report der Unia Zürich-Schaffhausen enthüllt jetzt die Zustände in den Zürcher Marriott-Hotels, zu denen auch das Sheraton gehört. Putzfrauen berichten vor allem über brutalen Zeitdruck. Zum Beispiel Moira*, die im Fünfsternehaus Marriott direkt an der Limmat arbeitet: Beim Vorstellungsgespräch wurde ihr gesagt, dass sie fürs Reinigen eines Zimmers 30 Minuten Zeit habe. «Tatsächlich hatten wir dann nur 10 Minuten. Das reicht bei dreckigen Zimmern einfach nicht.»

19-STUNDEN-TAG. Und selbst dann müssen die Putzfrauen oft bis zum Umfallen chrampfen. In einem Monat, als das Hotel gut belegt war, hätten sie im Durchschnitt 12 bis 13 Stunden pro Tag gearbeitet, an Spitzentagen sogar 19 Stunden, sagen zwei Putzfrauen aus dem «Renaissance Zürich Tower Hotel» im Trendquartier Zürich West. Ein klarer Verstoss gegen den Gesamtarbeitsvertrag der Reinigung.

Die Frauen erleben auch sexuelle Übergriffe durch Gäste. «Als ich im Zimmer war, hat mich der Mann aufs Bett geschoben», berichtet Martha* aus dem gleichen Hotel. Nur dank der raschen Hilfe einer Arbeitskollegin kann sie aus dem Zimmer flüchten. Martha möchte nach diesem Schock nach Hause gehen. Aber sie muss weiterarbeiten.

MOIRA*, REINIGUNGSKRAFT IM MARRIOTT

«Wir haben nur 10 Minuten Zeit pro Zimmer. Das reicht einfach nicht.»

GNADENLOS. Das Putzpersonal ist nicht von Marriott angestellt, sondern von Subunternehmen. Lorenz Keller von der Unia Zürich-Schaffhausen kritisiert: «Das Geschäftsmodell vieler Reinigungsfirmen beruht auf einem gnadenlosen Preiskampf. Das erinnert an die Lohndumping-Konstrukte auf dem Bau.» Tatsächlich: Von den rund 3000 Putzinstituten in der Schweiz gehen jedes Jahr rund 300 konkurs, ebenso viele werden neu gegründet. Im Verhaltenscodex schreibt Marriott, man wolle «faire und belästigungsfreie Arbeitsplätze» bieten. Der Unia-Report zeigt: Das Gegenteil ist der Fall. Unia-Mann Keller: «Marriott hat schlichtweg die Kontrolle verloren und kann die Regeln nicht mehr durchsetzen.» Für ihn ist klar: Marriott muss die Putzkräfte in den Hotels wieder direkt anstellen.

Bis Redaktionsschluss wollte Marriott dies nicht kommentieren. Im «Blick» versprach die Hotelgruppe, man werde «mit den Subunternehmen zusammenarbeiten, um die Probleme zu verstehen». Bereits reagiert hat Allpura, der Verband der Reinigungsunternehmen. In einem Leitfadens zur Hotelreinigung warnt er die Putzfirmen: «Aufgepasst bei der Offertenstellung.» Unia-Report als PDF: rebrand.ly/reinigung

* Namen geändert

Chef von Putzfirma verurteilt, weil er Flüchtlinge ausbeutete Fertig mit gratis WC-Schrubben bei McDonald's

47 Tage lang musste Souleymane* chrampfen, von 23 Uhr bis 8 Uhr in der Früh. Ohne Lohn. Der junge Mann aus dem Sudan klagte. Mit Erfolg!

SABINE REBER

Die Unia Genf hatte den Fall im Dezember 2015 aufgedeckt: Die Berner Putzfirma Top Clean liess Flüchtlinge gratis WC putzen. Im Auftrag der Firma Gerona, die für McDonald's mehrere Filialen in Genf führt. Zum Beispiel Souleymane (31) aus dem Sudan. Er musste ganze 47 Tage ohne einen Rappen Lohn chrampfen. Er hat eine Aufenthaltsbewilligung F und hofft, hier bleiben zu dürfen. Als ihm der Chef der Putzfirma eine Aufenthaltsbewilligung B verspricht, wenn er drei Monate gratis für ihn arbeite, sagt Souleymane sofort zu. Von da an arbeitet er von 23 Uhr bis 7 oder 8 Uhr morgens durch. Ohne Pause. Auch über Weihnachten und Neujahr muss er arbeiten. Als work über den Fall berichtet, stellt Gerona umgehend die Zusammenarbeit mit Top Clean ein.

RÜCKWÄRTS AUF DER AUTOBAHN

Nun hat die Genfer Staatsanwaltschaft den Chef der Putzfirma Top Clean bestraft. Wegen Urkundenfälschung, Verletzung des Ausländergesetzes und Nichtrespektierung der geltenden Arbeitsbedingungen. Ausserdem wegen schwerer Verkehrsdelikte wie Rückwärtsfahren auf der Autobahn und Ausbremsen von anderen Fahrzeugen. Die Strafe dafür: 180 Tagessätze zu 60 Franken mit vier Jahren Bewährung sowie zusätzlich 6000 Franken Busse und auch die Verfahrenskosten von 1500 Franken.

Souleymane kann nun vor dem Arbeitsgericht sein Geld einfordern. Er verlangt eine Lohnnachzahlung von rund 7000 Franken. Blöd nur: Der Verurteilte liess seine Putzfirma inzwischen in Konkurs gehen. Und hat laut Handelsregister im Jahr 2016 eine neue Putzfirma namens NS King Facility Services mit Sitz in Ecublens VD gegründet – völlig legal. Souleymane kann es kaum glauben. Er sagt zu work: «Meine Hoffnung war, dass die Zustände besser werden, wenn ich den Fall vor Gericht bringe. Ich hätte nie gedacht, dass in der Schweiz solche Ungerechtigkeiten möglich sind!»

Obwohl die Strafe verhältnismässig milde ausgefallen ist, hat der Putzfirmenchef Einsprache dagegen erhoben. Deshalb kommt der Fall nun vor Gericht. Souleymans Anwalt, Olivier Peter, sagt: «Uns soll es recht sein, wenn der Fall noch einmal aufgerollt wird. Dann verlangen wir nämlich,



ENTHÜLLUNG: Am 22. Januar 2015 berichtete work über den Flüchtlingsausbeuter von Genf.

dass der Angeklagte zusätzlich wegen gewerbsmässigen Wuchers verurteilt wird.» Das gäbe dann eine unbedingte Gefängnisstrafe. Wucher bedeutet das Ausnutzen

* Name von der Redaktion geändert



MUTIG: Souleymane hat sich trotz Einschüchterungsversuchen gewehrt. FOTO: SEDRIK NEMETH

zen von Unwissenheit, Leichtsinn oder einer Notlage, um damit unrechtmässigen Gewinn zu erzielen.

SCHWEIGEN AUS ANGST

Ursprünglich hatten vier Betroffene aus Genfer Flüchtlingsheimen mit Unterstützung der Unia vor dem Genfer Arbeitsgericht gegen Top Clean geklagt. Drei von ihnen zogen ihre Klagen zurück, nachdem die Putzfirma ihnen Geld angeboten hatte. Der Unia Genf waren noch mehr Fälle bekannt, bei denen die Betroffenen jedoch nichts unternehmen wollten. Unia-Frau Camila Aros ist für den Fall von Souleymane zuständig. Sie sagt: «Viele haben Angst, sich zu wehren, weil sie offensichtlich eingeschüchtert werden.»

Souleymane aber wollte nicht klein beigeben. Er erzählt, wie ihm eine Person, die er nicht kannte, 3000 Franken unter die Nase hielt. Aber er lehnte das Geld ab und hielt an seiner Klage fest. Er reichte auch eine Strafklage gegen den Chef der Firma Top Clean ein wegen Wuchers und Urkundenfälschung. Nachdem er das Geld abgelehnt hatte, bekam Souley-

Reinigungsfirmen: Betrüger am Werk

Souleymane berichtet, immer wieder kämen Männer aus Afghanistan und Pakistan ins Flüchtlingsheim, um illegal Arbeitskräfte zu rekrutieren. Alessandro Pelizzari, Regiochef Unia Genf, bestätigt das. Er sagt: «Da sind gut organisierte, skrupellose Betrüger am Werk, die für Betriebe im Gastgewerbe und in der Reinigung Leute zu sklavenähnlichen Bedingungen anheuern.» Seit der Veröffentlichung des Urteils seien noch mehr Betroffene zur Unia gekommen. Pelizzari: «Alle sollen wissen, dass sie bei uns Hilfe bekommen. Das ist uns wichtig.» Die Unia Genf ist nun im Gespräch mit dem Genfer Regierungsrat, um in den Flüchtlingsheimen Informationsveranstaltungen durchführen zu dürfen. (sr)

mane noch mehrmals Besuch im Flüchtlingsheim. Zweimal wurde er spitalreif geschlagen, im April und im Juni 2016. Das bestätigt Anwalt Olivier Peter. Die Verletzungen seien in einem ärztlichen Attest dokumentiert. Er sagt: «Selbstverständlich haben wir eine Anzeige gemacht. Aber leider konnten die Schuldigen nicht gefunden werden.»

Immerhin hat Souleymane nun über ein Stellenvermittlungsbüro einen bezahlten Job gefunden, als Putzkraft in einem Hotel in Genf. Er sagt: «Diesmal habe ich einen schriftlichen Arbeitsvertrag, und alles ist legal. Schwarzarbeiten, das mache ich sicher nie mehr!»

Club der Frauen für die Mutterschafts-Versicherung

Erwerbsausfall-Versicherung für 14 Wochen bei der Geburt.

Alle Frauen erhalten die gleichen Leistungen – unabhängig vom Arbeitsplatz.

Die finanzielle Grundlage für die Mutterschafts-Versicherung ist bereits vorhanden.

Männer erhalten im Militärdienst Erwerbssersatz. Auch Frauen sollen bei Geburt einen Erwerbssersatz erhalten.



Eine Aktion der Schweizer Gewerkschaften

MIT TIGERFINKLI: Postkarte zur Abstimmung vom 13. Juni 1999 über die Mutterschaftsversicherung. Diese wurde aber erst 2005 eingeführt. FOTO: SOZIALARCHIV

Vom Mutterschutz zum Sozialstaat:

100 Jahre Geiz, Geifer und Galle

Die Schweiz war in Europa das letzte Land, das eine Mutterschaftsversicherung einführt. Denn Mann wollte keine Konkurrenz im Job.

NATALIE IMBODEN*

Bereits 1977 titelt die feministische Zeitung «Emanzipation» treffend: «Hundert Jahre Geiz». Der Geiz (der Arbeitgeber) ist nur der eine Hemmschuh, die patriarchale Ideologie (auch vieler Buezer) der andere. Die Geschlechterrollen sind klar zugeteilt: die Frau am Herd, der Mann am Arbeitsplatz. Er hat die Rolle des Ernährers, er bringt «die Brötchen» nach Hause. Erwerbstätige Frauen gelten als Konkurrenz. Des Mannes. Und sie sehen sich häufig dem Vorwurf ausgesetzt «Rabenmütter» zu sein und «Schlüsselkinder» zu schaffen. In dieser bürgerlichen Welt ist die Mutterschaft Privatsache. Der Staat soll nicht eingreifen. Noch 2004 sagt SVP-Nationalrat Jürg Stahl in der Parlamentsdebatte: «Die private Angelegenheit Schwangerschaft muss nicht mit neuen Sozialversicherungen angereichert werden.» In dieselbe Kerbe haut Johann Schneider-Ammann, damals FDP-Nationalrat, er will keine Mutterschaftsversicherung.

DAS ARBEITSVERBOT

Alles fängt an mit einem sechswöchigen Beschäftigungsverbot für Frauen nach der Niederkunft. Im Glarner Fabrikgesetz von 1864. Der Gesundheitsschutz für Arbeiterinnen ist damals eine europäische Pioniertat. Der Sonderschutz für Schwangere wird 1877 auch im eidgenössischen Fabrikgesetz verankert. Den Lohnersatz für den Lohnausfall will das neue Krankenversicherungsgesetz (Lex Forrer) bringen. Doch das Gesetz geht 1900 in einer Referendumsabstimmung bachab. Für die schlechtverdienenden Fabrikarbeiterinnen wird dieser Sonderschutz ohne Lohnersatz zum Bumerang. Sie sehen sich gezwungen, das Gesetz zu umgehen und in dieser Zeit eine andere Arbeit anzunehmen. Das bringt den Bund Schweizerischer Frauenvereine (BFS) und verschiedene Arbeiterinnenvereine auf den Plan. Sie reichen 1904 eine Petition ein, die einen Lohnersatz für die Dauer des Arbeitsverbots

fordert. Ohne Erfolg. Das neue Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sichert 1918 immerhin die Finanzierung der Pflegeleistungen im Wochenbett. Doch die kleine Morgenröte am Himmel der Mutterschaftsversicherung erlischt bald wieder. 1921 verwerfen Bundesrat und Parlament das Übereinkommen Nr. 3 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Es will für die Frauen vor und nach der Geburt ein Beschäftigungsverbot mit Kündigungsschutz und finanzieller Sicherung.

GÖTTLICHE ORDNUNG

Auch die Katholisch-Konservativen (heute CVP) mischen mit: die traditionellen Familien und damit die göttliche Ordnung sollen um jeden Preis aufrechterhalten werden. 1941 reichen sie ihre Initiative «Für die Familie» ein. Der Gegenvorschlag wird angenommen. Der «Schutz der Familie» wird in der Verfassung verankert, und auch der Auftrag, eine Mutterschaftsversicherung einzurichten. Mit Gleichberechtigung hatte das jedoch nichts zu tun, man wollte nicht die Emanzipation der Frauen fördern, sondern die Mutterschaft schützen.

Den fortschrittlichen Frauen sind die 3 K: «Kinder, Küche, Kirche» schon lange ein Dorn im Auge. Denn sie kämpfen für die Emanzipation und Gleichberechtigung und für die Einbindung des Mannes in die Haus- und Erziehungsarbeit. 1978 lanciert die feministische Ofra, die Organisation für die Sache der Frau, eine Initiative für einen bezahlten Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen (zu 100 Prozent) plus einen neunmonatigen Elternurlaub für Vater oder Mutter. Doch auch die Frauen sind zerstritten. Die wichtigsten bürgerlichen Frauenorganisationen lehnen die Vorlage ab. CVP-Nationalrätin Eva Segmüller sagt das so: «Die familienpolitischen Bestrebungen der CVP gehen nicht dahin, ausgerechnet die Erwerbstätigkeit von Müttern kleiner Kinder zu fördern.» So kam es denn, wie es kommen musste: Die Initiative erleidet 1984 mit 84 Prozent Nein-Stimmen Schiffbruch.

Nach dem Frauenstreik von 1991 und mit der Gewerkschafterin und Sozialdemokratin Ruth Dreifuss im Bundesrat wendet sich das Blatt: Noch

#ENOUGH 2018

- 62 Jahre bis zum Frauenstimmrecht
- 88 Jahre bis zur Gleichstellung im Eherecht
- 60 Jahre bis zur Liberalisierung der Abtreibung
- 86 Jahre bis zur Mutterschaftsversicherung

Und wie lange noch bis zur **Lohngleichheit?**
Grosse Frauentdemo in Bern: 22.9.

eine Vorlage scheidet 1999 am Widerstand von Arbeitgeberverbänden, SVP und Teilen der FDP. Erneut warnen sie vor einem «Luxus», den sich die Schweiz nicht leisten könne. Doch in der Westschweiz gehört der Arbeitgeberverband bereits zur Ja-Allianz. Die ideologische Front bröckelt.

TRIPONEZ KOMMT

Und dann kommt plötzlich ein Freisinniger, der zur Abwechslung mal rechnet: Gewerbeverbandschef Pierre Triponez. Er realisiert, dass eine staatliche Lösung, finanziert von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern, die Arbeitgeber entlasten kann. Triponez schlägt vor, den Mutterschaftsurlaub via bestehende Erwerbssersatzordnung zu finanzieren. Und es kommt zu einer Allianz zwischen ihm und fortschrittlichen Nationalrätinnen.

Ironie des Schicksals: 86 Jahre lang haben die Frauen für eine umfassende Regelung einer Mutterschaftsversicherung gekämpft – und nun wird ein rechter Mann als Vater der Mutterschaftsversicherung gefeiert. Noch einmal ergreift die SVP das Referendum. Erfolglos: Als letztes Land in Europa führt die Schweiz am 1. Juli 2005 eine Mutterschaftsversicherung ein. Eine Minimallösung ohne Elternurlaub.

P.S. Heute bekommt ein Vater nach Gesetz bei der Geburt eines Kindes gleich viel Urlaub wie beim Zügeln. Nämlich einen Tag. Das will die Initiative «Vaterschaftsurlaub jetzt!» ändern. Doch der Bundesrat lehnt sie ab: Die Kosten seien der Schweiz nicht zuzumuten. Sagt allen voran Johann Schneider-Ammann, inzwischen Bundesrat.

86 Jahre: Das Stichdatum

Die Arbeiterinnenbewegung, der Bund Schweizerischer Frauenvereine (BFS) und der Schweizerische Verband für Frauenrechte traten für die Ratifizierung der Konvention zur Mutterschaftsversicherung der ersten internationalen Arbeitskonferenz von 1919 ein. Doch das Männerparlament ignorierte die Eingaben der Frauen und lehnte die Konvention ab.

Switzerland last

Jede erwerbstätige Frau wird heute im Schnitt um 7000 Franken im Jahr geprellt. Nur deshalb, weil sie eine Frau ist. Und um 303 000 Franken in ihrem ganzen Erwerbsleben. Das haben die Expertinnen des Berner Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) exklusiv für work berechnet (rebrand.ly/ab-auf-die-insel). Zwar hat der Ständerat nach langem Hin und Her jetzt doch

Es wird heiss auf dem Bundesplatz.



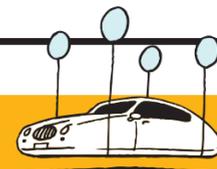
noch Mini-Massnahmen gegen diesen Lohnschiss durchgewinkt. Er möchte Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten alle vier Jahre einer Lohnanalyse unterziehen. Das wären aber nur ein Prozent aller Unternehmen. **Wenn es im bisherigen Schlendrian weitergeht, müssen wir deshalb noch 60 Jahre auf Lohngleichheit warten.** Die Schweiz fällt punkto Kinderbetreuung und Lohngleichheit inzwischen auch hinter den Durchschnitt der OECD-Staaten zurück. Switzerland last: die Schweiz als letzte.

DIE FRAUENDEMO. 62 Jahre bis zum Frauenstimmrecht. 86 Jahre bis zur Mutterschaftsversicherung. 88 Jahre bis zur Gleichstellung im Eherecht. Und wie lange noch bis zur Lohngleichheit? Kein Wunder haben die Frauen die Nase voll, das hat die Stimmung am 14. Juni gezeigt. **27 Jahre nach dem ersten Frauenstreik liegt ein zweiter Frauenstreik in der Luft.** Vorerst laden die Gewerkschaften, Parteien und Frauenorganisationen zur nationalen Demo für Lohngleichheit am 22. September nach Bern. Vom SGB über die Business Professional Women, die CVP-Frauen, die Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, Terre des Femmes, SP und Grüne zur Gruppe Women's March. Es wird heiss auf dem Bundesplatz: Mit der Berner Slam-Poetin Sandra Künzi am Mikrophon, Special Guests und einer Direktübertragung von Interviews aus der Menge. Ganz im Sinne eines Feminismus von unten. **Bereits vor dem 22. September macht die Unia mit einer Aktionswoche unter dem Motto «Die Schweiz wird pink» mobil.** Verraten will Mitorganisatorin Virginia Köpfler nur so viel: «Brunnen sind ein Thema, Statuen und Flashmobs. Aktionen, die auch Spass machen, halt.»

DIE WORK-SERIE. Auch work ist mit dabei – mit einer Exklusivserie zur Gleichstellung: Blick zurück und Blick nach vorne. In dieser Ausgabe schaut die Berner Historikerin Natalie Imboden zurück auf das Bremsen der Männer bei der Mutterschaftsversicherung (siehe Artikel links). In der work-Serie bereits erschienen: Das Mauern der Männer beim Frauenstimmrecht, nachzulesen auf: rebrand.ly/Frauenstimmrecht.

MARIE-JOSÉE KUHN

* Natalie Imboden ist Historikerin und lebt in Bern. Als Gewerkschaftssekretärin war sie an den Abstimmungskampagnen zur Mutterschaftsversicherung von 1999 und 2003 beteiligt.



Elektrorenner brauchen keinen Sauerstoff: High in Colorado

Im US-Bundesstaat Colorado kann man jetzt frei kiffen. Und in 7 Minuten, 57 Sekunden auf den 4300 Meter hohen Berg Pikes Peak rasen.

Ideal wäre ein Mensch, der nicht säuft, nicht raucht, nicht pafft und auch sonst keine harten Sachen konsumiert. Und jeden Tag 10000 Schritte tut sowie 20 Stockwerke rauf- und runterrast. Leider schaffen das zu wenige. Weil es zu viele genussstüchtige Schlufas und Schlufis gibt.

Das Verhältnis unserer Gesellschaft zu legalen und illegalen Drogen ist absurd. Der Weinbau wird staatlich gefördert. Werbung für Tabak bleibt weiterhin möglich. Produzierende und Konsumierende von Cannabis und anderen, etwas weniger weichen Drogen werden in vielen Kantonen durch das Unterholz gejagt.

In immer mehr Staaten wird Cannabis in unterschiedlichen Formen legalisiert. In Montevideo (Uruguay) können alle ihren Stoff in der Apotheke posten. Und es wird nicht mehr gepafft als vorher. Anders im amerikanischen Bundesstaat Colorado, der den Cannabis-konsum freigegeben hat. Hier macht das Kapital aus und mit dem Cannabis ein Geschäft wie im Napa Valley mit dem Wein. Davon profitiert der Tourismus, weil viele Touristinnen und Touristen wenigstens in den Ferien stressfrei paffen wollen. Pulver gut!

SCHWEIZER WAGENMATERIAL. Ebenfalls in Colorado führt die höchste Zahnradbahn der Welt seit 1891 auf den Pikes Peak, 4301 Meter über Meer. Führte, denn die Behörden stellten dieses Jahr den Betrieb



WIE DER BLITZ: In Rekordzeit rast der Franzose Romain Dumas im Elektroauto auf den 4300 Meter hohen Pikes Peak in Colorado, USA.

FOTO: VOLKSWAGEN

der Bahn ein. Obwohl die Abt-Zahnstangenten und das Wagenmaterial weitgehend aus der Schweiz stammen. Nur liessen die geldgierigen Amis alles verrotten.

Das spielt für die privaten Betreiber dieses Ausflugsberges, dessen Gipfel fast so hoch liegt wie jener des Matterhorns, keine grosse Rolle. Denn schrittweise zur Zahnradbahn haben die Investoren eine Strasse auf den Pikes Peak gebaut und diese 2011 bis zum Gipfel durchgehend geteert. Pro Person kostet der Spass 12 Dollar. Oder pro Auto 60 Dollar, um

157 Serpentina hinter untermotorisierten Pick-ups mit starren Hinterachsen hochzuschleichen.

FERNSICHT MIT JOINT. Jedes Jahr findet am Pikes Peak ein Bergrennen statt. Das Problem: Benzinmotoren verlieren auf den letzten Kurven unter dem Ziel bis zu 40 Prozent ihrer Motorenleistung. Weil die Luft in diesen Höhen dünner wird und nicht nur wir Menschen, sondern auch unsere fossilen Motoren keuchend nach mehr Sauerstoff schnappen. Dieses Jahr pulverisierte ein Elektrorenner von

Volkswagen den Streckenrekord dieses «Race to the clouds» (Rennen zu den Wolken). Er war mit 7 Minuten und 57 Sekunden ganze 16 Sekunden schneller als der französische Rallye-Weltmeister Sébastien Loeb 2013. Der Grund: Elektromotoren brauchen keinen Sauerstoff.

Und die Moral von der Geschichte? In Colorado kann man sich, wenn Wolken die Fernsicht trüben, auf der Höhe von 4300 Metern in seinem Mietwagen einen Joint reinziehen. Und so doppelt high die rosa Gegenwart geniessen. Back to the roots.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/Elektro-Renner
In weniger als 8 Minuten rast der Franzose Romain Dumas mit einem Elektrorenner von VW auf den Pikes Peak.

● rebrand.ly/Audi-Elektroauto
Audi testet auf dem Pikes Peak sein erstes Elektroauto. Derweil sitzt der Boss hinter Gittern. Wegen Diesel-Gate.

● rebrand.ly/Zahnradbahn
Ein Film aus dem Jahr 1920 machte für die aus der Schweiz stammende Zahnradtechnik Werbung. Noch swingt alles. Jetzt stehen alle Räder still.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Jede Unterschrift zählt

Bitte **SOFORT** ganz und teilweise ausgefüllte Unterschriftenbögen zurücksenden an:

Verein «Volksinitiative für fairen Wettbewerb», Postfach, 3001 Bern
Unterschriftenbögen unter www.fairerwettbewerb.ch

Danke



Volksinitiative für fairen Wettbewerb und zum Schutz von Gewerbe und Beschäftigten im Kanton Bern

Landesstreik 1918: Soldaten erschossen drei Arbeiter. Von hinten.

Das Trauma der Grenchner



DÜSTERES KAPITEL: In Grenchen ermordeten Soldaten während des Landesstreiks drei Uhrmacher mit Rückenschüssen.

In Grenchen SO endete der Landesstreik blutig. Füsiliere erschossen die drei Uhrmacher Marius Noirjean (17), Hermann Lanz (29) und Fritz Scholl (21) in einer Seitengasse. Von hinten, in Kopf und Rücken.

RALPH HUG

Sie hatten gar nicht aktiv am Streik teilgenommen. Noirjean wollte für seine Mutter Medikamente in der Apotheke holen, Scholl war auf dem Weg in einen Eisenladen, und Lanz war rein zufällig unterwegs. Die drei waren die einzigen Toten des Generalstreiks vom November 1918. Warum ausgerechnet in Grenchen?

EXPLOSIVE STIMMUNG

Diese Frage trieb Alfred Fasnacht jahrelang um. Denn der Tod der Arbeiter war ein Tabu. Niemand sprach darüber, auch die Linke nicht. Der Bibliothekar, der aus einer Arbeiterfamilie stammt, recherchierte, trug Forschungsergebnisse, Dokumente und Zeugnisse zusammen. Das alles ist nun nachzulesen in einem sehr aus-

führlischen Internetartikel (**rebrand.ly/grenchen**). In Grenchen hatten sich die sozialen Gegensätze extrem zugespitzt, die Stimmung war explosiv. Die skrupellosen Uhrenpatrons hatten viel Geld mit dem Export von Zündern und Uhren an die Kriegsmächte verdient. Streiks und Aussperrungen häuften sich. Arbeiterfamilien verarmten und verzweifelten. So waren die Grenchner Arbeiter besonders kämpferisch, als das Oltener

Die drei getöteten Männer hatten gar nicht aktiv am Streik teilgenommen.

Aktionskomitee am 14. November 1918 den Landesstreik ausrief. Sie legten Fabriken lahm, zwangen Geschäfte zum Schliessen und errichteten Barrikaden auf den Bahngleisen.

Dann besetzten Waadtländer Truppen die Stadt. Die Order lautete: «Energisch durchgreifen!». Und Major Henri Pelet aus Lausanne tat genau dies. Doch er verlor den Überblick, schätzte die Lage falsch ein und er-

teilte den Schiessbefehl. Verantwortlich für die blutige Eskalation war eindeutig die Armee.

IM ARMEEFUEHRER

Doch kein Offizier wurde je zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil, Pelet erhielt eine Auszeichnung. Dafür verurteilten voreingenommene Richter 18 Streikende und Streikführer Max Rüdts zu Gefängnisstrafen. Ein klarer Fall von Klassenjustiz. Rüdts war Redaktor der «Neuen Freien Zeitung» und ein Anhänger des linken Spartakusbundes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Für die Bürgerlichen war er ein perfekter Sündenbock. Grenchens Machthaber nutzten die Gelegenheit, den verhassten «Sowjetdiktator», wie sie ihn beschimpften, endlich los zu werden. Ein Schläger der Bürgerwehr verprügelte ihn. Die SP schloss ihn aus der Partei aus. Rüdts starb 1947 verarmt in St. Gallen.

Der Landesstreik ist seither Grenchens Trauma. Erst 1998 forderte Stadtpräsident Boris Banga (SP), man müsse der unschuldigen Opfer

gedenken. Seit 2008 erinnert eine Bronzetafel am Zeitplatz an die Erschossenen: «Sie sind für eine gerechtere Welt im Feuer der Ordnungstruppen gestorben.» Zum Hundert-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks macht nun das örtliche Museum mit einer Sonderausstellung einen weiteren Schritt zur Aufarbeitung der Geschehnisse (siehe Box).

SONDERAUSSTELLUNG FATALE SCHÜSSE IN DER UHRENSTADT

«Die verdrängte Tragödie»: So heisst die neue Ausstellung im Kulturhistorischen Museum Grenchen über den Generalstreik 1918. Sie wird am Freitag, 17. August, um 19 Uhr eröffnet. Die Sonderausstellung schildert die fatalen Ereignisse am 14. November 1918, aber auch die Vorgeschichte der regionalen Streiks der Uhrmacher sowie die Rolle der Armee. Diese rückte immer wieder gegen Streikende aus und liess Todesopfer zurück, so auch 1875 am Gotthard beim Streik von italienischen Mineuren (4 Tote). Ausstellung bis April 2019. www.museumgrenchen.ch

Neuer Spike-Lee-Film Rassismus grotesk

Polizist Ron Stallworth wird im Job schikaniert, bloss weil er Afro-amerikaner ist. Statt Akten zu wälzen, will er in einen Undercover-Einsatz. Und zwar ausgerechnet beim Ku-Klux-Klan, der US-Rassistentekte par excellence. Wie es ihm dort ergeht, schildert Filmregisseur Spike Lee («Do the Right



BLACKKLANSMAN: John David Washington alias Stallworth. FOTO: PD

Thing») in seinem neuen Film «BlacKkKlansman». Es ist eine Groteske aufgrund der wahren Biographie von Stallworth aus den 1970er Jahren. Aber Lee zielt natürlich auf die heutigen USA unter Trump, wo Rassismus wieder salonfähig wird. Lees brisantes Werk wurde in Locarno ausgezeichnet und kommt nun in die Kinos.

Spike Lee: **BlacKkKlansman**. 128 min. Diverse Kinos in der Schweiz. Einführung im Zürcher Kulturzentrum Kosmos am Montag, 20. August, 19.25 Uhr mit Elisabeth Bronfen und Filmkritiker Christian Jungen.

Neuer «Widerspruch» Souveränität von unten

Um Volk, Souveränität und Rechtspopulismus geht es im neuen «Widerspruch», der linken Theoriezeitschrift der Schweiz. Die Beiträge der Nummer 71 beleuchten aktuelle Phänomene wie den Munizipalismus: Städte versuchen, gegen konservative Zentralregierungen eine eigenständige, fortschrittliche Politik durchzusetzen. Vorreiter ist Spanien, das sich zu einem eigentlichen Politlabor für linke Utopien entwickelt hat. Lesenswert ist auch der Beitrag von Hans Ulrich Jost zum Landesstreik 1918, der die aggressive Rolle der Militärs betont. Oder von Mascha Madörin, die mit Zahlen belegt, dass die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern grösser ist als angenommen.

Widerspruch Nr. 71: **Souveränität, Föderalismus und Autonomie**, 176 Seiten, CHF 25.–.

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



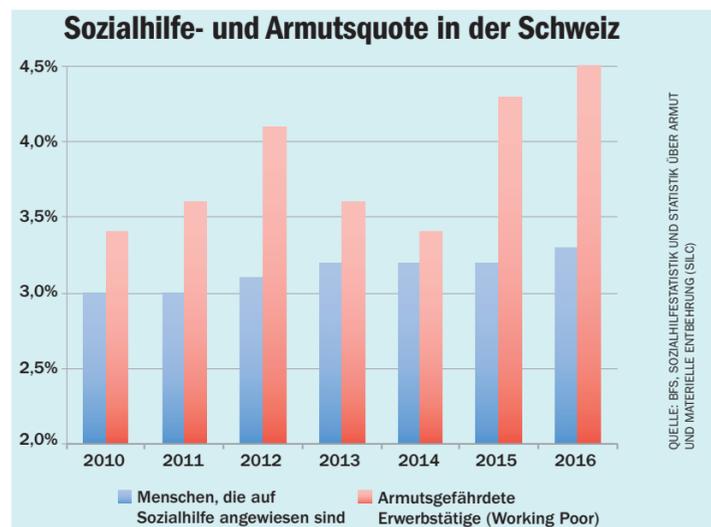
BUND BELEGT: REICHE WERDEN REICHER, ARME ZAHLREICHER

Die neuste Bundessteuer-Statistik zeigt es deutlich: Die Reichsten in der Schweiz werden immer reicher. Unterdessen besitzt das reichste Prozent der Steuerzahlenden fast 42 Prozent des gesamten Vermögens. Das sind über 730 Milliarden Franken und ein neuer Rekord. Die anderen 99 Prozent müssen sich in den Rest teilen. Auf der unteren Stufe der Wohlstandspyramide sieht es ganz anders aus. Die Anzahl jener, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, und auch ihr Anteil an der Bevölkerung haben seit 2010 deutlich zugenommen. Die Sozialhilfequote stieg von 3 auf 3,3 Prozent. Grund für den nochmaligen Anstieg im Jahr 2016 waren übrigens nicht ausschliesslich die höheren Flüchtlingszahlen. Die Zahlen gingen bei Schweizerinnen und Schweizern ungefähr gleich stark nach oben.

ARM TROTZ JOB. Noch stärker zugenommen haben die Working Poor,

und dies vor allem in den Jahren 2015 und 2016. Das sind jene Menschen, die trotz Erwerbsarbeit arm sind. Seit 2010 ist die Quote der Erwerbstätigen, die armutsgefährdet sind, von 3,4 auf 4,5 Prozent gestiegen. Rund 150 000 Personen erzielen trotz Arbeit kein existenzsicherndes Einkommen. Das betrifft vor allem auch Familien, in denen rund 50 000 Kinder in Armut aufwachsen.

BESCHÄMEND. Im internationalen Vergleich ist der Anteil der Sozialhilfebeziehenden und der armen Erwerbstätigen zwar nicht besonders hoch. Aber wir leben in einem Land, in dem sich in den letzten 10 Jahren die Anzahl Personen, die über 10 Millionen Franken besitzen, verdoppelt hat. Und es ist beschämend, wenn einige Privilegierte in diesem Ausmass reicher werden und gleichzeitig die Armut nicht ab-, sondern zunimmt. Die Politik reagiert darauf nicht, indem sie die Ursachen bekämpft, nämlich



die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Im Gegenteil, es werden neue Steuerschlupflöcher für Reiche und Unternehmer geschaffen,

während die Sozialhilfe gekürzt und bei den Sozialwerken gespart wird.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Movendo-Kurs Streiks und Landesstreik

Im November ist es hundert Jahre her seit dem Landesstreik vom November 1918. Gute Gelegenheit, sich über die Schweizer Streikgeschichte zu informieren. Zwar gab es hierzulande nur einen landesweiten Streik. Doch entgegen der landläufigen Ansicht legten Arbeitnehmende immer wieder aus Protest gegen Lohnabbau und Entlassungen die Arbeit nieder. Besonders häufig in den Jahren nach 1900. Das Netz von Gesamtarbeitsverträgen war eine Folge dieser intensiven Kämpfe. Am Movendo-Kurs «Streiks in der Schweiz» beleuchten die beiden Historiker Christian Koller und Adrian Zimmermann die höchst spannende Geschichte der Arbeitskämpfe.

Streiks in der Schweiz – einst und jetzt, Movendo-Kurs am Mittwoch, 19. September, 15–17 Uhr im Schweizerischen Sozialarchiv Zürich. Anmeldungen und Infos unter www.movendo.ch.



Das offene Ohr

Mirjam Brunner
vom Service Arbeitszeit beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Nachtarbeit: Welcher Zuschlag steht mir zu?

Früher habe ich nur ausnahmsweise in der Nacht gearbeitet. Dafür erhielt ich 25 Prozent mehr Lohn. Nun arbeite ich regelmässig in der Nacht und erhalte keinen Lohnzuschlag mehr. Dafür bekomme ich nun einen Zeitzuschlag von 10 Prozent. Ich verstehe nicht, weshalb ich plötzlich einen Zeitzuschlag anstatt einen Lohnzuschlag habe. Ist das richtig so?

MIRJAM BRUNNER: Ja. Das Gesetz unterscheidet zwischen «vorübergehender Nachtarbeit» und «dauernder oder regelmässig wiederkehrender Nachtarbeit». Wenn Sie nur ausnahmsweise in der Nacht arbeiten, also bis zu



BELASTEND: Wer regelmässig nachts arbeitet, braucht mehr Erholung. GRAFIK: WORK

24 Nächte pro Jahr, erhalten Sie laut Arbeitsgesetz 25 Prozent mehr Lohn. Die Arbeitenden erhalten somit für die Nächte 125 Prozent Lohn. Arbeiten Sie mehr als 24 Nächte pro Jahr, ist kein

Lohnzuschlag, sondern ein Zeitzuschlag von mindestens 10 Prozent vorgesehen. Für jede Stunde, die Sie in der Nacht arbeiten, werden Ihnen mindestens 6 Minuten gutgeschrieben. Da Nachtarbeit von längerer Dauer für die Gesundheit belastend ist, sollen diese negativen Auswirkungen mit einem Zeitzuschlag kompensiert werden. Denn wer regelmässig in der Nacht arbeitet, braucht mehr Zeit für die Erholung. In vielen Gesamtarbeitsverträgen sind höhere als die gesetzlich vorgeschriebenen minimalen Zuschläge vorgesehen. Tiefere Zuschläge dürfen auch in Einzelarbeitsverträgen nicht vereinbart werden, denn das gesetzliche Minimum darf in keinem Fall unterschritten werden.

Schichtbetrieb: Wie viele Sonntage habe ich frei?

In unserem Betrieb arbeiten wir während 24 Stunden und an sieben Tagen der Woche Schicht, also auch am Wochenende. Ich bin grundsätzlich einverstanden, in der Nacht und am Sonntag zu arbeiten. Ich frage mich jedoch, ob es rechtens sei, dass ich jeden zweiten Sonntag arbeiten muss?

MIRJAM BRUNNER: Ja, dies kann durchaus rechtens sein. Ihnen stehen als Mitarbeiterin in einem ununterbrochenen Betrieb normalerweise mindestens 26 freie Sonntage pro Kalenderjahr zu. Verteilt man diese im Zweiwochentakt, so ist in diesem Fall jeder zweite Sonntag ein Arbeitstag. Unter gewissen Umständen kann die Zahl der freien Sonntage auf 17 oder sogar auf 13 pro Jahr herabgesetzt werden. Im Kalenderjahr muss eine Firma aber mindestens 61 wöchentliche Ruhetage gewähren – am Sonntag oder an einem anderen Wochentag. Die Anzahl der Ruhetage entspricht den 52 Sonntagen plus 9 Feiertagen im Jahr. Achtung: Ein Ruhetag muss mindestens 35 aufeinanderfolgende Stunden enthalten! Wenn Sie also 24 Stunden freihaben zwischen zwei Schichten, ist der wöchentliche Ruhetag noch nicht gewährt. Denn nach der Arbeit sind zuerst mindestens 11 Stunden Ruhezeit einzuhalten, dann erst beginnt der freie Tag. Wenn Sie nicht jede Woche einen Ruhetag erhalten, müssen Sie diesen spätestens in der dritten Folgewoche beziehen. Dann kann es sein, dass Sie mehrere Ruhetage hintereinander erhalten.

12 workservice 17. August 2018

Privates während der Arbeitszeit: Das sind Ihre Rechte

Dafür gibt's frei – ganz ohne

Die Arbeitszeit ist zum Arbeiten da. Dennoch haben Sie in besonderen Fällen ein Anrecht auf bezahlte Absenzen. Und auf private Besorgungen am Arbeitsplatz, wenn sie dringend sind oder nur kurze Zeit beanspruchen.

MARTIN JAKOB

Das Arbeiten hat seine Zeit, und das Private hat seine Zeit. Aber so einfach, wie das tönt, ist es nicht. Wir sind schliesslich keine Maschinen, und es ist ganz normal, dass ab und zu eine private Besorgung während der Arbeitszeit notwendig wird. Ob solche Besorgungen zulässig und bezahlt sind, ist teils im Obligationenrecht und im Arbeitsrecht geregelt, teils in Gesamtarbeitsverträgen, in Einzelarbeitsverträgen oder in Firmenreglementen.

BEZAHLTE FREIE TAGE

Für ausserordentliche Lebenssituationen besteht laut Obligationenrecht (OR) ein Anspruch «auf die üblichen freien Stunden und Tage». Und obwohl das OR dies nicht ausdrücklich erwähnt, ist damit zumindest für Anstellungen im Monatslohn ein bezahlter Urlaub gemeint. In den von der Unia verhandelten Gesamtarbeitsverträgen sind dafür jeweils fixe Werte formuliert. Fehlen firmenverbindliche Angaben, können Sie sich auf die folgenden allgemeinen Richtlinien berufen:

- eigene Heirat: 2–3 Tage
 - Vaterschaft: 1 Tag
 - Züglete: 1 Tag
 - Todesfall in der Familie: 1–3 Tage, je nach Verwandtschaftsgrad
 - militärische Rekrutierung, Inspektion, Ausmusterung: 1 Tag
- Diese Angaben gelten – ungekürzt! – auch für Teilzeitstellen.

DRINGENDE BESORGUNGEN

Zwar sind die Arbeitnehmenden gehalten, für Arztbesuche, Behördengänge und ähnliches einen Termin in der Freizeit oder in einer Randstunde zu vereinbaren. Ist dies jedoch nicht möglich, besteht ein gesetzlicher Anspruch auf freie Zeit für dringende private Besorgungen.

Gerade für Arztbesuche ist es oft schwierig, innert nützlicher Frist einen Termin zu ergattern.

Soll es dann noch am Freitagmorgen um halb acht Uhr sein, weil Ihre Arbeit an diesem Tag erst um neun Uhr beginnt, kann es Monate dauern, bis Sie der Ärztin vis-à-vis sitzen. Solch lange Fristen müssen Sie nicht hinnehmen. Schliesslich gilt hier die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, die auch

Auch ärztlich verordnet Therapien, berechtigen Sie zu bezahlten Absenzen.

den Gesundheitsschutz enthält. Also dürfen Sie einen Termin während der Arbeitszeit wahrnehmen. Dieses Recht auf bezahlte freie Zeit aus gesundheitlichen Gründen gilt übrigens auch für ärztlich verordnete Therapien nach einem Unfall oder einer Krankheit.

ÖFFENTLICHES AMT

Zu bezahlten Absenzen sind Sie auch berechtigt, wenn Sie ein öffentliches Amt bekleiden und zu einer Sitzung aufgeboten werden. Oder wenn Sie als Zeuge oder beteiligte Person an einer Gerichtsverhandlung teilnehmen müssen. Dies gilt allerdings nicht, wenn Sie selber die angeschuldigte Person sind: Diese Absenz geht dann auf Ihre Kappe und bleibt somit unbezahlt.

In den von der Unia verhandelten Gesamtarbeitsverträgen ist je nach Branche und Vertrag auch die (bezahlte) Freistellung für Verbandstätigkeit geregelt.

Erkrankt oder verunfallt ein Kind und braucht Ihre Pflege, haben Sie als Mutter oder als Vater das Recht, der Arbeit bis zu drei Tagen mit Lohnfortzahlung fernzubleiben. Ihr Arbeitgeber kann verlangen, dass Sie ein Arztzeugnis vorlegen, und das Kind darf nicht älter als 15 Jahre sein. Es gibt auch Fälle, die eine längere Absenz als drei Tage rechtfertigen, insbesondere bei sehr schweren Erkrankungen,



WORKTIPP

AUCH STILLPAUSEN SIND BEZAHLT

Frauen, die nach dem Mutterschaftsurlaub an die Arbeit zurückkehren, aber weiter stillen wollen, haben im ersten Lebensjahr des Kindes das Recht auf bezahlte Stillpausen während der Arbeitszeit. work hat über die Details dazu im «workservice» von Ausgabe 4/2018 informiert: rebrand.ly/stillpause

gen, die eine intensive Betreuung erfordern.

ZEIT ZUR STELENSUCHE

Ob Sie selbst gekündigt haben oder entlassen wurden: sobald Ihr Arbeitsverhältnis gekündigt ist, dürfen Sie für die Stellensuche auch Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Gedacht ist dabei in erster Li-

HOI SCHÄTZLI: Private Telefongespräche sind

nie an Absenzen, die durch Bewerbungsgespräche verursacht sind. Das Gesetz nennt dafür keine exakte Dauer. Als Faustregel gilt etwa ein halber Tag pro Woche.

PRIVATES AM ARBEITSPLATZ

Grundsätzlich gilt: Die bezahlte Arbeitszeit – Pausen ausgenommen – haben Arbeitnehmende der Besorgung ihrer arbeitsvertraglichen Pflichten zu widmen. Während der Arbeitszeit zu stricken, das private Bürogrün zu pflegen oder Autotests zu lesen liegt also nicht drin. Genauso wenig im Prinzip die private Kommunikation: Um mit Freunden einen Treffpunkt auszumachen, eine Reise zu buchen oder eine Probe-

Gebrauchtes verkaufen auf dem Onlinemarkt

Ballast abwerfen? Gehen Sie doch auf

Ein Bettsofa, ein Kinderstuhl, ein Töggelikasten: Das alles brauchen Sie nicht mehr. Hat jemand anderer Bedarf? Finden Sie es heraus – auf dem Onlinemarkt.

MARTIN JAKOB

Menschen sind Sammler. Solange der Platz reicht. Sollen das Bettsofa, der Kinderstuhl, der Töggelikasten halt im Keller herumstehen. Wie heisst es so schön? «Die frässed ja kai Heu!» Rückt aber der Zügeltermin näher, schweift der Blick gedankenschwer über die eingestaubte Ware. All das Zeug nochmals buckeln, nur um es am neuen Ort wieder einzulagern? Auf keinen Fall, sagen Sie.

Die uneleganteste Methode, den Krempel los zu werden, ist die kostenpflichtige Entsorgung, End-

ziel Kehrichtverbrennungsanlage. Macht so um die 40 Franken Gebühr pro hundert Kilo, plus Transportaufwand. Die menschenfreundlichste Methode ist das Verschenken (siehe «Schenken macht Freude»). Und die jüngste Variante ist der Onlinehandel.

VIRTUELLE FUNDGRUBEN. Früher publizierten Zeitungen



ZU VERKAUFEN: Bettsofa ...

seitenweise Kleinanzeigen. Was in keine Rubrik passte, stand unter dem Titel «Fundgrube». Und nichts anderes sind die heutigen Onlinemärkte: riesige Fundgruben. Auf Ricardo.ch sind aktuell rund 1,9 Millionen Artikel im Angebot, auf Tutti.ch 1,5 Millionen, auf Anibis.ch etwa 900 000. Bei Ebay, dem Giganten unter den internationalen Onlinemärkten, sind rund 1,1 Milliarden Angebote aufgeschaltet. Die drei Schweizer Platzhirsche Ricardo, Tutti und Anibis weisen pro Monat zwischen 10 und 12 Millionen Besuche aus.

Da wird sich wohl auch jemand finden, der Ihr Bettsofa kauft!

EINFACHER START. Onlinemarktplätze sind umso attraktiver, je grösser ihr Warenkorb ist. Logisch, dass sie



... Kinderstuhl ...

den Zugang für Anbieter einfach gestalten. Ein Konto eröffnen und loslegen heisst die Devise. Aber halt: Zuerst müssen Sie sich ja entscheiden, auf welchen Markt Sie Ihre Ware stellen wollen.

Tutti und Anibis sind klassische Kleinanzeigenmärkte. Ware

Lohneinbusse



während der Arbeitszeit auf Dringendes zu beschränken. FOTO: SHUTTERSTOCK

fahrt zu vereinbaren – dafür ist die Pause da.

Jedoch, zum ersten: Unaufschiebbare private Kommunikation muss gestattet sein, vergleichbar der Regelung von Absenzen für unaufschiebbare private Termine. Zum Beispiel Telefonate im Zusam-

Nach der Kündigung dürfen Sie eine gewisse Zeit für die Stellensuche aufwenden.

menhang mit Ihrer eigenen Gesundheit oder jener von Ihren Angehörigen.

Und zum zweiten: Arbeitgeber tun gut daran, die Verhältnis-

mässigkeit zu wahren. Dass Smartphone, Internet und Social Media heute ihren festen Platz im Alltag haben, ist Realität. Nach einer Studie der Marketingagentur Xeit in Zürich besuchen 44 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer ein- oder mehrmals täglich am Arbeitsplatz Social-Media-Plattformen, Vorgesetzte eingeschlossen. Die meisten Unternehmen gestatten deshalb kurze private Gespräche während der Arbeitszeit. Ebenso das kurzzeitige private Surfen im Internet, solange die Arbeitsleistung nicht darunter leidet. Allerdings können – oft geschieht dies aus Sicherheitsgründen – auch massive Einschränkungen verfügt werden.

HANDY AM ARBEITSPLATZ

TOTALES VERBOT IST STRITIG

2017 machte der Bauriese Implanet mit seinem Handyverbot für Lernende Schlagzeilen. Er begründete die Massnahme mit der Sorge um die Sicherheit der Auszubildenden. Andere Bauunternehmen haben nachgezogen. In Arbeitsreglementen, die die Arbeitnehmenden mit dem Arbeitsvertrag akzeptieren, kann der Handygebrauch am Arbeitsplatz schlicht verboten werden. Das ist schulmeisterlich, aber legal. Jedoch müssen die Firmen in diesem Fall sicherstellen, dass alle Arbeitnehmenden in Notfällen telefonisch erreichbar sind.

URTEIL. Während in der Schweiz zu Handyverboten am Arbeitsplatz noch kein Gerichtsurteil vorliegt, befasste sich in Deutschland bereits vor zwei Jahren das Arbeitsgericht München mit einem Fall, in dem die Firma die Handynutzung während der Arbeitszeit komplett untersagt hatte. Der Betriebsrat klagte dagegen – und hatte Erfolg. Die Firma könne die Handynutzung nicht untersagen, ohne den Betriebsrat einzubeziehen, die Massnahme sei mitbestimmungspflichtig. Ausserdem könnten Mitarbeitende ihre arbeitsvertraglichen Pflichten durchaus auch dann erfüllen, wenn sie ab und zu einen Blick auf ihr Smartphone werfen. Pauschal die Nutzung zu verbieten sei deshalb unwirksam.

Das Urteil im Volltext: rebrand.ly/handyurteil

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



UNVERGESSLICH – UNAUFFINDBAR? Fotografieren Sie häufig mit dem Handy, dann legen Sie am besten thematische Alben an. So finden Sie jederzeit Ihren Sonnenuntergang wieder. FOTO: UNSPLASH

So ordnen Sie die Fotos auf dem Handy

Damit sich Ferienfotos auf dem Handy auch nach ein paar Monaten noch einfach finden lassen, empfiehlt es sich, sie in passende Ordner abzulegen. Die Apps dazu sind auf iPhones und Androidhandys bereits installiert, spezielle Programme braucht es nicht.

IPHONE: Die App heisst «Fotos». Klicken Sie unten in der Leiste auf «Fotos», dann werden alle Bilder chronologisch geordnet. Unter «Alben» können Sie die Bilder thematisch in Ordner sortieren. Die App erstellt einige Ordner automatisch – zum Beispiel «Videos» oder «Personen». Mit Klick auf das Pluszeichen können Sie Ordner hinzufügen und mit Namen versehen. Unter «Aufnahmen» wählen Sie anschliessend ein Bild aus, klicken auf das Pfeilsymbol unten links und wählen «Zu Album hinzufügen». Dann können Sie das Bild in den gewünschten Ordner kopieren.

Zusätzliche Programme zum Ordnen von Fotos braucht es nicht.

ANDROID: Die Android-Versionen unterscheiden sich je nach Handyhersteller. Hier das Vorgehen bei den verbreiteten Samsung-Smartphones mit dem aktuellen Betriebssystem Android 8: In der App «Galerie» erscheinen unter «Bilder» alle Fotos automatisch in chronologischer Reihenfolge. Unter «Alben» sind die Fotos in vorgegebenen Ordnern sortiert. Sie können selber neue Ordner erstellen. Klicken Sie dazu auf die drei Punkte oben rechts und wählen Sie dann «Album erstellen». Per Finger lassen sich die Bilder beliebig verschieben. MARC MAIR-NOACK

Tutti & Co.

fotografieren, beschreiben, Preis nennen, Rubrik auswählen, aufschalten. Das ist gratis. Interessiert sich jemand für Ihr Angebot, erhalten Sie ein Mail, und der Deal wird per Mail oder telefonisch im Detail eingefädelt. Kosten fallen für Sie nur an, falls Sie Ihre Anzeige in irgendeiner Form prominenter dargestellt haben wollen. Aber das lohnt sich höchstens bei teurer Ware.

Auf Ricardo und Ebay haben Sie neben Festpreisangeboten die Option, zur Auktion einzuladen. Sie legen einen Startpreis fest (meistens: 1 Franken) und lassen dann den Markt spielen: Wer bietet mehr? Nach Ablauf der Aktion geht die Ware an den Meistbietenden. Den Auktionsverlauf zu beobachten kann man span-



... und ein Töggelikasten, alles gut im Schuss! BILDER: PD

nend finden. Oder lästig. So oder so: Bei Ricardo und Ebay werden Sie zur Kasse gebeten – mit Gebühren fürs Aufschalten und für den Abschluss, wenn Sie verkaufen konnten. Für Gebrauchtmöbel jedenfalls eher zweite Wahl.

GLUSCHTIG PRÄSENTIEREN. Auf Tutti.ch stehen aktuell um die 600 Bettsofas im Angebot, um die 80 Töggelikästen und 40 Babystühle. Aber die Konkurrenz sollte Sie nicht entmutigen. Denken Sie positiv: Schweizweit sind gerade rund 200 000

Kinderlein im Alter, das nach Babystühlen schreit! Formulieren Sie also Ihr Onlineinserat attraktiv. Machen Sie einen ver-

Die einfache Kleinanzeige auf Tutti oder Anibis kostet Sie nichts.

nünftigen Preis. Richtig schöne Fotos. Und einen so netten Beschrieb, dass Ihr Angebot unwiderstehlich wirkt. Viel Glück; und wenn's nicht klappt: Verschenken ist auch schön...

DIE ALTERNATIVE SCHENKEN MACHT FREUDE

Möbel, Kleider, TV-Geräte und anderes mehr: Was gebraucht, aber noch brauchbar ist, lässt sich auch verschenken. Manche stellen alte Möbel einfach mal vors Haus: «Gratis zum Mitnehmen». Besser: Vielleicht ist das Sozialamt Ihrer Gemeinde froh um Waren für den Haushalt einer bedürftigen Familie. Oder Sie wenden sich an ein Brockenhaus mit gemeinnütziger Zielsetzung. Heilsarmee und Caritas zum Beispiel unterhalten mehrere Brockenhäuser. Ein Brockenhaus in Ihrer Nähe finden Sie unter www.brocken.ch.

Wohnungsabgabe Grosse Inspektion

Ziehen Sie aus Ihrer Wohnung aus, schreitet die Vermieterin zur Wohnungsabnahme. Mit einer Fachperson an Ihrer Seite wehren Sie unzulässige Forderungen ab.

Kratzer im Parkett. Ein Schatten an der Wand vom Bild, das da hing. Ein Sprung im Lavabo. Für welche Schäden müssen Sie als wegziehende Mieterin geradestehen? Die Regel heisst: Normale Abnutzung geht zulasten des Vermieters, für ausserordentliche Abnutzung darf er Ihnen Rechnung stellen. Doch im einzelnen lässt sich über diese Regel trefflich streiten. Und das tun Vermieter oft und gerne.

FÜRS PROTOKOLL. Befürchten Sie, von der Vermieterin über den Tisch gezogen zu werden,

sichern Sie sich Unterstützung von einer Fachperson, die Sie bei der Wohnungsabnahme begleitet. Diese sagt Ihnen auch, für welche Schäden Sie Ihre Haftpflichtversicherung beziehen können, und sorgt dafür, dass das Abnahmeprotokoll korrekt erstellt wird. Der

Schützen Sie sich vor zu hohen Forderungen der Vermieterin.

Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband vermittelt solche Experten zu fairen Kosten zwischen 70 und 200 Franken, je nach Sektion und Wohnungsgrösse, Nichtmitglieder bezahlen einen Zuschlag. (mj)

Konditionen und Kontaktdaten: www.mieterverband.ch

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung im Hotel!



Gewinnen Sie eine Übernachtung einschliesslich Frühstücksbuffet für zwei Personen im Hotel Freienhof in Thun, der «Stadtoase am Wasser». Hotel Freienhof, Thun: 20 Prozent Rabatt für Unia-Mitglieder.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 12
Das Lösungswort lautet: FUSSBALLFIEBER



DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Hilda Röthlisberger, Krauchthal BE. Herzlichen Glückwunsch!

work beschreibt dieses Prinzip (12)	Inselkette zwischen N-Amerika u. Asien	er benutzt Computer	7	grünes Gelände für Kühe	Karpfenfisch	3	(Finanz-) Haushalt	entsteht bei Vulkanausbrüchen	Dreifachkonsonant	leicht bitteres Gewürz	work über die Demonstration (12)	ausser Dienst, kurz	nein, so der Romand	
bestimmter franz. Artikel	Schweizer Stadt, zweisprachig			Verbrechen	Rennen f. Segelschiffe			Das offene Ohr darüber (work 12)	kurz für Teamleiter	Biene	2	Wasservogel	.eb..g = das ganze Leben lang	
Jahreszeit	im Erscheinen, Abk.			Fussball: die von Russland ist vorbei	Santa, abgekürzt			vorgegebene Regel	Baustoff	heilige Bücher			Informatik: Markierungen	
verbreitetes Getränk				Belästigung	Schnauf, wie wir auch sagen	8	Antilope aus Afrika		Nachahmung					
Nachnahme, kurz	12	Tier der Anden					Ich	4	die mit 60 muss bleiben (work 12)	Sommer, den Franzosen kennen			dicke Schnur	1
Teil des Oberkörpers	Endo an sie (work 12)	sie ist böse und märchenhaft	Autokennzeichen v. Bürgen	Betriebsrat, Abk.			die grossen sind vorbei		Abkürzung f. Lumen	sie prangen am Himmel	13	Stadt in Südf frankreich	work (12) über die Heimberg, Regisseurin	
							Bankrott	Vorläufer der CD		man kennt ihn z.B. am Gottshard		röm. für zwei		anwidern
was Mücken oft machen	Einheit f. elektr. Spannung (v. hinten)	Gruppe gemeinsam singender Menschen	männl. Haus-schwein	dt. Pop-Sängerin (99 Luftballons)			dem Wind abgekehrte Seite (Schiff)		Ausruf des Erstaunens	Strom in Sibirien		.ae..e = Korridore	port.: sehen	
	11								kurz für Rechnung	Stelle		Pflanze m. dornigen Blättern		
Signet		Griff an einer Maschine									6			
	10		männl. Vorname, verkehrt					Internet-adresse v. Honduras		unterirdisches Bauwerk				
work: es gibt Einzelarbeits ...								Lebensbund			9	starker Faden		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 24. August 2018

INSERAT

Lohn, Ferien, Zuschläge: Was steht mir zu?

Finden Sie es heraus – mit dem Mindestlohnrechner des GAV-Service.ch

So geht es: Finden Sie Ihren GAV über Ihre Branche oder ein Stichwort. Unter der Überschrift GAV-Mindestlohn wählen Sie im Mindestlohnrechner die Angaben aus, die am besten zu Ihnen passen. Darunter sehen Sie Ihre minimalen Ansprüche auf Monats- und Stundenlohn, Ferien, Anzahl bezahlter Feiertage sowie 13. Monatslohn.

Was ist ein GAV?

Ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) ist ein Vertrag zwischen Gewerkschaften auf der einen Seite und Arbeitgeberverbänden oder einem Arbeitgeber auf der anderen. Er regelt die Arbeitsbedingungen und legt Mindeststandards fest: Mindestlöhne, 13. Monatslohn, Ferien, bezahlte Absenzen, Kündigungsfristen, Elternurlaub und vieles mehr.

Erfahren Sie alles rund um Ihre Arbeitsbedingungen: gav-service.ch



WORKLESERFOTO



Erschreckend schön

WANN 7. Juli 2018

WO Steingletscher BE

WAS Schmelzende Eismassen am Sustenpass. Die Zeit von April bis Juli 2018 ist die wärmste seit Messbeginn. Die überdurchschnittlichen Temperaturen lassen die Gletscher schneller schmelzen.

Eingesandt von Elisabeth Roth, Interlaken BE

WORKFRAGE VOM 29. 6. 2018

Ist Bundesrat Cassis noch glaubwürdig?

DER EFFIZIENTESTE WEG

Klar ist, wenn jemand Bundesrat wird, dann sollte man so etwas wie Bundesratsniveau erreicht haben. Klar ist auch, als Bundesrat sollte man keine Löcher in die Demokratie bohren. Der Bundesrat ist ein Team. Darum sollten die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundesrat gut überlegen: Bin ich so weit... oder nicht?

JOSEF BENCZE-WYSS, USTER ZH

SCHWACHE NUMMER

Der dauernd strahlende Herr Cassis ist wendig bis zur Selbstverleugnung. Eine ganz schwache Nummer. Kein Wunder, haben ihn die SVP-Granden und die Banken so gepusht: mit dem können sie machen, was sie wollen.

ANDREA WÜEST, ZÜRICH

TRAURIGER CLOWN

Cassis ist ein Opportunist, wie es ihn sogar in der Politik selten gibt. Da gibt man mal einen Pass zurück, wenn's passt. Da tritt man in dubiose Vereine ein – um dann gleich wieder auszutreten. Da sagt man je nach Publikum auch einmal das komplette Gegenteil von dem, was man am Tag vorher erzählt hat. Und alles mit einem Dauergrinsen. Einfach unfassbar, was die einst stolze FDP hier in die Regierung schickte. Cassis ist die Karikatur eines Bundesrates, ein himmeltrauriger Bocalino-Clown!

CLAUDIA MARIA ZGRAGGEN, VIA E-MAIL

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 12 / 29. 6. 2018: VERDINGKINDER: «VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT KENNEN KEINE VERJÄHRUNG»

Vormund hat gestohlen

Der Artikel von Jean Ziegler trifft einmal mehr ins Schwarze. Auch ich bin ein Verdingkind. Und auch mir wurde das Geld von meinem Vormund gestohlen! Meinen ganzen Lohn, bevor ich volljährig aus der Vormundschaft entlassen wurde, hat mein Amtsvormund, seines Zeichens Dr. Karl Hauri, Bezirksgerichtspräsident in Zofingen (ermordet von einem Mündel am 17. Juni 1964 im Gerichtssaal in Zofingen; siehe Bericht im «Blick» vom 18. Juni 1964) mit seinen Zechkumpanen verprasst. Für diese Behauptung habe ich zwar keinen Beweis. Sicher ist jedoch, dass kein einziger Rappen mehr auf diesem Sparbüchlein war, als ich nach Entlassung aus der Vormundschaft danach fragte. Auch neuere Nachforschungen brachten keine weiteren Erkenntnisse zutage.

Peдрinas geballtes Wissen

GENF: Die Personalrechtspolitik und die sie flankierenden Massnahmen brachten im Kampf der Gewerkschaften gegen Diskriminierung und Lohnkürzung eine grosse Wende. Vassio Peдрinas, der ehemalige Co-Chef der Unia beschriftigt sich sein ganzes



beruflichen Leben mit der Migrationspolitik. Anfang 20 erreichte in der Reihe: Unia Materialien zu unserer Geschichte von Publikation «Von der Kartierungspolitik zur Personalrechtspolitik. Gewerkschaftliche Mitbestimmung und Lohnkürzung». Ein wichtiges Stück Gewerkschaftsgeschichte. Ein wichtiges Stück Schweizer Geschichte! Es ist reichlich mit Fakten und Zahlen die auch in den aktuellen Auseinandersetzungen mit der Unia und ihren neuen Frontal Angriffen auf die Personalrechtspolitik und die flankierenden Massnahmen hilfreich sind. work wird das

war Zürcher Stadträtin und SP-Ständerätin. Sie organisierte 1969 den «Marsch auf Bern», um das Frauenstimmrecht zu fordern. Zu diesem Jubiläum wird 2019 eine Biographie von Emilie Lieberherr erscheinen.

BRUNO BOLLINGER, ERSTFELD UR

WORK 12 / 29. 6. 2018: «MAN IST NIE MENSCH. MAN IST ENTWEDER MANN ODER FRAU»

Feminismus für alle

Frauen zahlen mehr für die Versicherungen, kriegen weniger Rente. Alle Produkte für Frauen sind teurer als Männerprodukte, beispielsweise Rasierer der gleichen Marke. Und es ist doch unglaublich, dass es nach so vielen Jahren Feminismus immer noch Menschen gibt, die veraltete Geschlechterbilder haben und denken, dass Frauen privilegierter seien. Sie realisieren nicht, dass Emanzipation und Feminismus sich auch für die Männer interessieren. Feminismus ist nicht gegen Männer! Feminismus ist für Gleichberechtigung und die Befreiung von Menschen aller Geschlechter.

RILEY ALEXIS, VIA FACEBOOK

erhellend deshalb, weil zwar die männlichen Figuren wechseln, die haarsträubenden Ansichten aber bleiben. Irgendwie scheinen rechte männliche Gehirne in der Vergangenheit gefangen.

INGRID PETER, LUZERN

WORK 12 / 29. 6. 2018: GRÖSSTE ARBEITERDEMO SEIT 100 JAHREN

Starker Auftritt!

Wow, war das ein starker Auftritt von uns Baubüezern! Es tut immer wieder gut zu erleben, wie viele wir sind und wie kämpferisch und entschlossen. Baumeister, nehmt euch in Acht! Hände weg von der Rente 60 – und endlich mehr Lohn!

FELIX BERGER, VIA E-MAIL

Wir können noch lauter!

An der Demo in Zürich waren wir viele, und wir waren laut. Hoffentlich haben die Baumeister gut aufgepasst und werden anständig und vernünftig. Sonst ist eines jetzt schon klar: Wir sind noch viele mehr, und wir können auch noch lauter.

MARKUS MARTI, VIA E-MAIL

Danke, Unia!

Die Unia ist für mich die beste Gewerkschaft, weil sie wirklich kämpft und nicht kuscht! Die Demo in Zürich war super!

QLIRIM DIBRA, VIA E-MAIL

Diese obengenannten und weitere Tatsachen finden sich in meiner Autobiographie «Zfride sii», erschienen 2013.

DÖLF BACHMANN, IGIS GR

Grosses Merci

Danke, Jean Ziegler, einfach danke!

ELISABETH ZÜRCHER, BURGDORF BE

WORK 12 / 29. 6. 2018: DER LANDESSTREIK VON 2018

Erstfelder Pionierinnen!

Eine kleine Ergänzung zum Artikel über die Erstfelder Feministinnen aus dem Eisenbahnermilieu. Die Saat des Generalstreiks gedieh offenbar noch einige Jahre! Die im gleichen work im Artikel über das Frauenstimmrecht erwähnte Emilie Lieberherr (1924–2011) stammt ebenfalls aus einer Erstfelder Eisenbahnerfamilie. Emilie Lieberherr

Gefangene Gehirne

Frau weiss es ja... Trotzdem ist es immer wieder ebenso erschütternd wie erhellend, wenn die traurige Geschichte der Geschlechtergleichstellung so gut aufgearbeitet und auf den Punkt gebracht wird, wie das Elisabeth Joris im work vom 29. Juni macht. Erschütternd und

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe.Gewerkschaft.Unia@weltpoststrasse.20.3000.Bern

workquiz



Wie gut sind Sie?

Schweiz – EU I:

Wen oder was flankieren die flankierenden Massnahmen?

- a) die Arbeitgeber?
- b) Ignazio Cassis?
- c) die Deutschen?
- d) die Personenfreizügigkeit?

Schweiz – EU II:

Wo verläuft die rote Linie?

- a) unterhalb der Gürtellinie?
- b) ausserhalb von Ignazio Cassis?
- c) beim Arbeitnehmerschutz?
- d) zwischen Nord- und Südkorea?

Schweiz – EU III:

Was soll das Rahmenabkommen rahmen?

- a) Ignazio Cassis?
- b) den Rahmtilsiter?
- c) Blochers Hodler?
- d) die Verträge zwischen der Schweiz und der EU?

Schweiz – EU IV:

Wen aus der Schweiz hat EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker zuletzt geküsst?

- a) Paul Rechsteiner?
- b) Ignazio Cassis?
- c) Doris Leuthard?
- d) Natalie Rickli?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!



Lösungen: 1d; 2c; 3d; 4c

FOTO: KEY

Susen Walther (51) und Stephan Marti (52) trainieren vom Ohrläppchen bis zum Zeh jeden Muskel beim Stand Up Paddling auf dem Bielersee.

Meditation mit Surfbrett und Paddel

Susen Walther und Stephan Marti gleiten über Wasser und verdienen damit ihr Geld. Sie betreiben in Erlach am Bielersee einen Shop für den Trendsport Stand Up Paddling (SUP), das Stehen auf dem Surfbrett mit dem Einsatz eines Paddels.

LUCA HUBSCHMIED | FOTOS SEVERIN NOWACKI

Eine graue Nebeldecke hängt über dem Bielersee bei Erlach an diesem Morgen. Susen Walther und ihr Partner Stephan Marti sind nicht unglücklich darüber. Wenige Tage vorher feierten sie mit ihrer SUP-Station das Einweihungsfest, und nun stapeln sich die Bestellungen für Stand Up Paddle Boards und die Anfragen für Touren und Events, die bearbeitet werden müssen. Auf Januar dieses Jahres hat das Paar die SUP-Station von ihren Nachbarn in Erlach übernommen und sich damit kurzerhand selbst ins kalte Wasser geworfen.

Seit Mai steht nun am Strandbad Erlach, ganz vorne am Wasser, ihr kleiner türkisblauer Wagen. Im Innern stapeln sich verschiedenste Modelle der Bretter. Ihren Ursprung hat die Sportart Stand Up Paddling in Hawaii, sie kombiniert das Stehen auf einer Art Surfbrett mit dem Einsatz eines Stechpaddels. Susen Walther und Stephan Marti verkaufen Boards, geben Kurse, organisieren Teamevents und beraten Kunden. «Wir wollten diese Erfahrung machen, einmal selbständig tätig zu sein», erklärt Susen Walther, «nun dürfen wir uns voll ausleben in dem, was wir tun.»

VON PARAGUAY... Sie haben ganz unterschiedliche Wege hinter sich, wie die beiden frohen Gemüter beim Kaffee im Strandbad erzählen. Stephan Marti ist in Menznau LU, aufgewachsen und hat eine Lehre zum Käser absolviert. Mit 23 Jahren begann er eine Anstellung als Instrumentenbauer. «Hauptsächlich baute ich Cymbals, also Perkussionsinstrumente. Dafür existiert keine Ausbildung, ich habe das in der Firma von Grund auf erlernt», erklärt er. Seit er seine heutige Partnerin Susen kennengelernt hat, wohnt er in Erlach.

Susen Walther ist gebürtige Deutsche und gelernte Kauffrau. Schon früh zog es sie weg aus der Heimat. In Paraguay lebte und arbeitete sie während zweieinhalb Jahren und studierte Informatik. Später arbeitete sie mehr als fünf Jahre in Holland und anschliessend in der Schweiz. Meist im kaufmännischen Bereich, als Assistentin, im Backoffice oder in der Buchhaltung. Dass sie mal in der Schweiz landen würde, hätte sie nie gedacht: «Ich war immer gegen Süden orientiert, doch in Erlach habe ich mich das erste Mal an einem Ort rich-

tig heimisch gefühlt. Hier zu leben war eine Herzensentscheidung.»

... **NACH ERLACH.** Als sich dem Paar im vergangenen Herbst die Gelegenheit eröffnete, die SUP-Station in Erlach zu übernehmen, mussten sie innerhalb weniger Tage einen Entscheid fällen. «Wir sassen zu Hause beim Essen, schauten uns an und sagten, das wäre doch was für uns», erinnert sich Stephan Marti. Angst vor dem Risiko, das damit verbunden ist, hatten die zwei kaum. «Irgendwie stimmte der Zeitpunkt für uns», erzählt Susen Walther, «wir wollten beide eine Veränderung und waren bereit, diesen Sprung zu wagen und auch das Vertrauen ins Leben zu spüren.» Die beiden sind seit einigen Jahren begeisterte Stand Up Paddler. Susen war zuvor jahrelang Reitsportlerin mit einem eigenen Pferd. Nachdem sie in Costa Rica zehn Monate lang Reittouren geleitet hatte, beschloss sie, in der Schweiz etwas Neues zu wagen: «Über Freunde kam ich zum SUPen, und bereits beim zweiten Mal auf dem Brett war mir klar, dass ich mein eigenes haben wollte.»

So machte auch Stephan Marti zum ersten Mal Bekanntschaft mit der Sportart, nachdem er seine Freiheit zuvor jahrelang beim Motorradfahren ausgelebt hatte. Nach einem schweren Töffunfall verbrachte er viel Zeit in der Physiotherapie, erholte sich aber nur langsam. «Erst als ich mit dem Stand Up Paddling begann, hat sich mein Körper wieder stabilisiert. Dabei

trainiert man vom Ohrläppchen bis zum Zeh jeden Muskel, das hat mir extrem gut getan.»

ERFÜLLTE TAGE. Nun ist für die zwei die erste Saison angelaufen, diese dauert von Mai bis Anfang Oktober und bringt viel Arbeit mit sich. «Wir arbeiten sieben Tage die Woche, und insbesondere am Wochenende kann es schon stressig werden», sagt Stephan Marti, «am letzten Sonntag waren wir von 9 bis 20 Uhr durchgehend beschäftigt. Das gibt einem aber auch ein gutes Gefühl.» Die Arbeit am und auf dem See ist körperlich und geistig fordernd. «Wir sind

abends oft erschöpft, aber auf eine erfüllte Art», erklärt Susen Walther.

Obwohl sie ihr Hobby zum Beruf gemacht haben, ist ihnen die Lust am Stand Up Paddling auch in der Freizeit noch nicht vergangen. «Mit dem Brett über den See zu gleiten ist sehr meditativ», betont Stephan Marti, «das verleidet mir nicht.» Auch Susen Walther bestätigt, dass die Sportart nicht langweilig werde, weil sie so viele verschiedene Möglichkeiten bietet: «Stand Up Paddling bietet für alle Menschen immer wieder etwas Neues. Es lässt sich sportlich oder entspannt und spielerisch ausleben.»



WALTHER & MARTI QUER-EINSTEIGER

Stephan Marti (52) ist gelernter Käser aus Menznau LU. Als Quereinsteiger landete er im Instrumentenbau und verbrachte viele Jahre lang seine Sommerferien auf der Alp zum Käsen. Susen Walther (51), geboren in der Nähe von Hannover, absolvierte eine kaufmännische Ausbildung in Deutschland, studierte in Paraguay Informatik und arbeitete später in Deutschland, Holland und der Schweiz. Seit diesem Jahr gehört den beiden die SUP-Station (Stand up Paddling) in Erlach.

ALPHORN. In der Freizeit widmet sich Stephan Marti oft der Musik und dem Klang. Er spielt unter anderem Gong, Alphorn und Hang. Viele Perkussionsinstrumente hat er für sich selbst hergestellt. «Die Klangarbeit musste ich im Moment etwas zurückstellen. Zukünftig will ich mich dem aber wieder mehr widmen.» Susen Walther ist seit je ein Bewegungsmensch. Bevor sie zum SUPen kam, bestritt sie jahrelang als Reiterin Turniere. «Am liebsten bin ich draussen in der Natur. Ich mag das Element Wasser und bewege mich gerne darin oder darauf.»

TRENDSPORTART: Für das Stand Up Paddling braucht es Surfbretter und ein Paddel – und mit etwas Übung gleiten gross und klein über den See.



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincou@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeiter an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Luca Hubschmied, Natalie Imboden, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigen** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.